

Landratsamt Hildburghausen
- Rechnungsprüfungsamt -
Örtliche Prüfung der Jahresrechnung

Prüfung der Jahresrechnungen 2022 und 2023

Schlussbericht für den Landkreis Hildburghausen

28.10.2024

Inhaltsverzeichnis

1 Gesetzliche Grundlagen der örtlichen Rechnungsprüfung 4

2 Prüfungsauftrag, Prüfungsgegenstand und Prüfungsverfahren 4
2.1 Prüfungsauftrag 4
2.2 Prüfungsgegenstand 4
2.3 Prüfungsverfahren 5

3 Zusammengefasste Prüfungsergebnisse 6
3.1 Geprüftes Risiko 6
3.2 Prüfung der Jahresrechnung 6
3.2.1 Feststellung und Entlastung der geprüften Jahresrechnung 6
3.2.2 Laufende Prüfung der Jahresrechnung 7
3.3 Einhaltung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans 7
3.4 Feststellungen zur Ordnungs- und Gesetzmäßigkeit 7
3.5 Wirtschaftliche Feststellung: Schuldendienst 8
3.6 Wirtschaftliche Feststellung: Rücklagen 8

4 Erledigung früherer Prüfungsfeststellungen 8

5 Haushaltssatzung und Jahresrechnung 9
5.1 Finanz- und Haushaltsplanung 9
5.1.1 Haushaltssatzung 9
5.1.2 Nachtragshaushaltssatzung 2022 10
5.2 Aufstellung der Jahresrechnung 11
5.2.1 Vollständigkeit der Jahresrechnung 11
5.2.2 Ordnungsmäßigkeit der Jahresrechnung 11
5.3 Einhaltung von Haushaltssatzung und Haushaltsplan 12
5.3.1 Wesentliche Einnahmen und Ausgaben 13
5.3.2 Abweichung der Rechnungsergebnisse von den Planansätzen 15
5.3.3 Deckungsfähigkeit und Deckungsreserve 17
5.3.4 Über- und außerplanmäßige Ausgaben 18
5.4 Ordnungs- und Gesetzmäßigkeit 21
5.4.1 Internes Kontrollsystem (IKS) 21
5.4.2 Anordnungs- und Belegwesen, Buchführung 22

6 Finanzieller Handlungsspielraum 24
6.1 Einnahmekraft 24
6.2 Einnahmestruktur 24
6.3 Landesmittel 25
6.4 Haushaltsstabilität 26
6.4.1 Rücklagen 26
6.4.2 Kredite und Zinsen 27
6.5 Haushaltsreste 28

7 Sonstige Prüfungsbemerkungen 30
7.1 Übernahme der Buchungen aus dem Kassenautomaten 30

8 Prüfung der Leistungen für Bildung und Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft 30
8.1 Leistungen für Bildung und Teilhabe bei Kinderzuschlags- und Wohngeldempfängern 30
8.1.1 Antragstellung 31
8.1.2 Aktenführung 32
8.1.3 Feststellungen im Rahmen der Kostenerstattung für die Teilnahme an der gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung gemäß § 6b BKGG i. V. m. § 28 Abs. 6 SGB II 32
8.1.4 Feststellungen im Rahmen der Kostenerstattung für die Teilnahme an Schulausflügen und mehrtägigen Klassenfahrten gemäß § 6b BKGG i. V. m. § 28 Abs. 2 SGB II 33

8.1.5 Feststellungen im Rahmen der Kostenerstattung für persönlichen Schulbedarf gemäß § 6b BKGG i. v. m. § 28 Abs. 3 SGB II i. V. m. § 34 Abs. 3 und 3a des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII) 34
8.1.6 Feststellungen im Rahmen der Kostenerstattung für die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft gemäß § 6b BKGG i. v. m. § 28 Abs. 7 SGB II 35
8.2 Leistungen für Bildung und Teilhabe bei Sozialhilfeempfängern 36
8.2.1 Antragstellung 36
8.2.2 Aktenführung 36
8.2.3 Feststellungen im Rahmen der Kostenerstattungen für persönlichen Schulbedarf gemäß § 34 Abs. 3 und 3a SGB XII i. V. m. § 3 Regelbedarfsstufen-Fortschreibungsverordnung 2024 38

9 Schlussbemerkung 39

10 Anhang: Ausgewählte Grunddaten 40
10.1 Rechnungsergebnisse 41
10.2 Kassenmäßige Abschlüsse 42
10.3 Bankbestände 43
10.4 Rücklagenbestände 45
10.5 Schuldenstände 45

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Beschlussnummern für Feststellungen und Entlastungen 7
Tabelle 2: Haushaltsplanung: Beschlusstermin 10
Tabelle 3: Wesentliche Einnahmen und Ausgaben VwH 13
Tabelle 4: Wesentliche Einnahmen und Ausgaben VmH 14
Tabelle 5: Abweichung der Rechnungsergebnisse von den Planansätzen VwH 15
Tabelle 6: Abweichung der Rechnungsergebnisse von den Planansätzen VmH 16
Tabelle 7: Überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben 19

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Einnahmeanteile (Verwaltungshaushalt) in Prozent des Haushaltsvolumens 2022 25
Abbildung 2: Einnahmeanteile (Verwaltungshaushalt) in Prozent des Haushaltsvolumens 2023 25
Abbildung 3: Gesamtverschuldung je Einwohner 27

1 Gesetzliche Grundlagen der örtlichen Rechnungsprüfung

Die örtliche Prüfung der Jahresrechnung richtet sich grundsätzlich nach den Bestimmungen

- der Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung (Thüringer Kommunalordnung – ThürKO) vom 28.01.2003 (GVBl. S. 41) in der jeweils gültigen Fassung,
- der Thüringer Verordnung über das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen der Gemeinden – ThürGemHV – vom 23.05.2019 (GVBl. S. 153) in der jeweils gültigen Fassung.

Hinsichtlich der Prüfungsberichte sowie hinsichtlich der Rechte und Pflichten der Prüfer gelten gemäß § 82 Abs. 4 ThürKO i. V. m. § 3 Abs. 2 und § 6 bzw. § 2 Abs. 1 bis 3 des Thüringer Prüfungs- und Beratungsgesetzes -ThürPrBG- vom 25.06.2001 (GVBl. S. 66) in der jeweils geltenden Fassung entsprechend.[1]

2 Prüfungsauftrag, Prüfungsgegenstand und Prüfungsverfahren

2.1 Prüfungsauftrag

Die Jahresrechnung des Landkreises wird vom Rechnungsprüfungsamt geprüft (örtliche Rechnungsprüfung).[2]

Auf der Grundlage der Prüfungsplanung des Rechnungsprüfungsamtes erging der Auftrag zur Prüfung der Jahresrechnungen 2022 und 2023 mit Datum vom 12.02.2024.

2.2 Prüfungsgegenstand

Gegenstand der Prüfung war die Einhaltung der für die Wirtschaftsführung geltenden Vorschriften und Grundsätze.[3]

---

[1] § 82 ThürKO Örtliche Prüfungen: (4) Für die Prüfungsberichte gilt § 3 Abs. 2, § 6 des Thüringer Prüfungs- und Beratungsgesetzes (ThürPrBG) vom 25. Juni 2001 (GVBl. S. 66) in der jeweils geltenden Fassung mit Ausnahme des § 6 Abs. 2 Satz 3 ThürPrBG und § 7 Abs. 1 ThürPrBG mit Ausnahme des § 7 Abs. 1 Satz 2 entsprechend. Für die Rechte und Pflichten der Rechnungsprüfer gilt § 2 Abs. 1 bis 3 ThürPrBG entsprechend.; § 2 ThürPrBG Allgemeine Rechte und Pflichten der Prüfer: (1) Den Prüfern sind, soweit gesetzliche Vorschriften nicht entgegenstehen, innerhalb einer zu bestimmenden Frist alle zur Durchführung der Prüfungen erforderlichen Auskünfte umfassend und wahrheitsgemäß zu erteilen. (2) Die Prüfer können im Rahmen ihres Auftrags verlangen, dass ihnen die zur Prüfung erforderlichen Unterlagen ausgehändigt werden. Im Rahmen ihres Auftrags haben die Prüfer Zutritt zu allen Dienst- und Betriebsräumen; sie sind berechtigt, die Öffnung von Behältnissen zu verlangen sowie Ortsbesichtigungen und Erhebungen an Ort und Stelle durchzuführen. (3) Lässt eine der der Prüfungspflicht unterliegende kommunale Körperschaft Verwaltungsaufgaben mit Unterstützung der automatisierten Datenverarbeitung oder in anderer Weise durch Dritte wahrnehmen, können die Prüfer die erforderlichen Erhebungen dort anstellen; die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend. Beruht das Rechtsverhältnis auf Vereinbarung, so sind diese Rechte in die Vereinbarung aufzunehmen.

[2] § 82 ThürKO Örtliche Prüfungen: (1 S. 1) Die Jahresrechnung und die Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe mit einem Versorgungs- und Einzugsgebiet bis zu 10.000 Einwohnern und der Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen werden vom Rechnungsprüfungsamt geprüft (örtliche Rechnungsprüfung).

[3] § 84 ThürKO Inhalt der Rechnungsprüfung: (1) Die Rechnungsprüfung erstreckt sich auf die Einhaltung der für die Wirtschaftsführung geltenden Vorschriften und Grundsätze, insbesondere darauf, ob 1. die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan eingehalten worden sind, 2. die Einnahmen und Ausgaben begründet und belegt sind sowie die Jahresrechnung und die Vermögensnachweise ordnungsgemäß

Prüfungsschwerpunkte waren dabei insbesondere, ob

- die Einnahmen und Ausgaben begründet und belegt sind sowie die Jahresrechnung und die Vermögensnachweise ordnungsgemäß aufgestellt wurden,
- das Anordnungswesen und die Buchführung, einschließlich der dabei eingesetzten EDV-Verfahren, ordnungs- und gesetzmäßig organisiert sind,
- die Haushaltssatzungen und die Haushaltspläne eingehalten worden sind,
- ein Internes Kontrollsystem (IKS) vorhanden ist und Effizienz entfaltet.

Mit den Aussagen dieses Berichts sollen Hinweise gegeben werden, wie verstärkt Wirtschaftlichkeitsüberlegungen in das kommunale Handeln einbezogen werden können.

2.3 Prüfungsverfahren

Die örtliche Prüfung der Jahresrechnung und der Jahresabschlüsse soll innerhalb von 12 Monaten nach Abschluss des Haushaltsjahres durchgeführt sein.[4]

Diese Frist konnte aus Kapazitätsgründen hinsichtlich der Jahresrechnung 2022 nicht eingehalten werden. Eine künftig zeitnähere Prüfung wird angestrebt.

Seitens der Verwaltung wurden stets die angeforderten Unterlagen vollständig und fristgerecht zur Verfügung gestellt. Die während der Prüfung getroffenen Feststellungen wurden grundsätzlich mit der Verwaltung besprochen. Die Prüfung erstreckte sich auf Stichproben, soweit dies für die Beurteilung der Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und der Ordnungsmäßigkeit in der Verwaltung ausreichend erschien. Geringfügige formelle Mängel wurden während der Prüfung geklärt und sind somit nicht Gegenstand dieses Berichtes.

Dem Landrat wurde die Prüfungsanmeldung am 22.02.2024 zugeleitet.

Als Prüfungsunterlagen standen die Bücher, Belege, Akten und Schriftstücke des Landkreises geordnet und prüffähig zur Verfügung. Dabei stützte sich die Prüfung insbesondere auf folgende Unterlagen:

- Jahresrechnungen der Jahre 2022 und 2023 mit den dazugehörigen Anlagen;
- Haushaltssatzungen und -pläne für die Jahre 2022 und 2023;
- Bücher und Belege der Haushaltsjahre 2022 und 2023 sowie sonstige Bank- und Rechnungsunterlagen;
- Hauptsatzung, Geschäftsordnung sowie weitere innerbehördliche Regelungen wie Dienstanweisungen u. ä.;
- Beschlüsse des Kreistages die Jahre 2022 und 2023 betreffend.

---

aufgestellt sind, 3. wirtschaftlich und sparsam verfahren wird, 4. die Aufgaben mit geringerem Personal- oder Sachaufwand oder auf andere Weise wirksamer erfüllt werden können.

[4] § 82 ThürKO Örtliche Prüfungen: (2) Die örtliche Prüfung der Jahresrechnung und der Jahresabschlüsse soll innerhalb von zwölf Monaten nach Abschluss des Haushaltsjahres durchgeführt sein.

Verantwortlich für die Durchführung der Prüfung zeichnet die Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes Frau Doreen Hoffmann.

Mit der Vornahme der Prüfung betraut waren Frau E. Hoffmann und Frau S. Schmidt.

Der Umfang der formellen und materiellen Prüfungshandlungen ist in Arbeitspapieren festgehalten. Der Landkreis erhob keine weiteren Einwendungen bezüglich der Richtigkeit der im Bericht zugrunde gelegten Daten.

Die Prüfungsfeststellungen wurden dem Landkreis am 04.09.2024 mit einer Frist zur Stellungnahme bis zum 11.10.2024 zugeleitet.[5] Die zusammengefasste Stellungnahme aller betroffenen Ämter wurde durch die Kämmerei am 15.10.2024 dem Rechnungsprüfungsamt zugeleitet.

3 Zusammengefasste Prüfungsergebnisse

3.1 Geprüftes Risiko

Das geprüfte Risiko wurde im Umfang des Haushaltsvolumens im Prüfungszeitraum 2022 bis 2023 festgelegt und betrug 238 Mio. €.

3.2 Prüfung der Jahresrechnung

3.2.1 Feststellung und Entlastung der geprüften Jahresrechnung

Der Landkreis wurde zuletzt in den Jahren 2022/2023 hinsichtlich der Jahre 2019 bis 2021 örtlich geprüft.

Die Übersendung des Schlussberichts für diese Prüfung an den Landrat erfolgte am 13.06.2023 mit der Bitte um Bekanntgabe gegenüber dem Kreistag und gegebenenfalls um Weiterleitung jeweils einer Ausfertigung an die Fraktionen.[6]

Die Bekanntgabe des Schlussberichts gegenüber der Rechtsaufsichtsbehörde erfolgte ebenfalls am 13.06.2023.

Der Landkreis legte die geprüften Jahresrechnungen des letzten Prüfungszeitraums 2019 bis 2021 ordnungsgemäß dem Kreistag zur Beschlussfassung vor. In der Sitzung vom 28.06.2023 nahm der Kreistag den Schlussbericht zur Kenntnis. Über die

[5] § 6 ThürPrBG Prüfungsberichte (entsprechende Anwendung nach § 82 Abs. 4 ThürKO): (1) Über jede Prüfung ist ein Prüfungsbericht zu erstellen, aus dem ersichtlich sein sollen: 1. der Prüfungsauftrag, 2. die Namen der Prüfer, 3. die Dauer der Prüfung, 4. die Bezeichnung der geprüften Gebiete, 5. die Prüfungsunterlagen, 6. Art und Umfang der Prüfungshandlungen, 7. die wesentlichen Prüfungsfeststellungen, 8. die Erledigung von Prüfungsfeststellungen früherer Prüfungsberichte und 9. das zusammengefasste Prüfungsergebnis. (2) Der Prüfungsbericht soll sich auf die Feststellung der Tatbestände und Mängel und die daraus abzuleitenden Erkenntnisse und Vorschläge beschränken. Feststellungen von nicht wesentlicher Bedeutung sind möglichst durch mündliche Hinweise auszuräumen. Die finanzielle Leistungsfähigkeit ist am Maßstab der Gewährleistung der künftigen Aufgabenerfüllung und der Finanzplanung zu beurteilen; dabei sind die entsprechenden Ergebnisse interkommunaler Vergleiche besonders zu berücksichtigen. Bei der Abfassung des Prüfungsberichts sind die Bestimmungen des Datenschutzes zu beachten. (3) In den Bericht über eine Kassenprüfung sind zudem etwaige Erklärungen von Kassenbediensteten aufzunehmen. Ihm ist eine Niederschrift über die Kassenbestandsaufnahmen beizufügen, die vom Kassenverwalter oder vom Zahlstellenleiter zu unterschreiben ist.

[8] § 7 ThürPrBG Verteilung von Prüfungsberichten (entsprechende Anwendung nach § 82 Abs. 4 ThürKO): (1) Prüfungsberichte werden vom Präsidenten des Rechnungshofs unmittelbar nach Erstellung 1. an den gesetzlichen Vertreter der geprüften Körperschaft oder seinen Vertreter im Amt und 2. an die Rechtsaufsichtsbehörde der geprüften Körperschaft übersandt. (...) Prüfungsberichte sind den kommunalen Vertretungen bekannt zu geben; mindestens eine Ausfertigung ist jeder Fraktion auszuhändigen.

Feststellungen der Jahresrechnungen und über die Entlastungen wurden jeweils Einzelbeschlüsse gefasst.

Die folgende Tabelle stellt die Beschlussnummern für die Feststellungen und Entlastungen dar:

Haushaltsjahr	Beschluss-Nr. Feststellung	Beschluss-Nr. Entlastung des Landrats	Beschluss-Nr. Entlastung der Beigeordneten
2019	231/28/2023	234/28/2023	237/28/2023 240/28/2023
2020	232/28/2023	235/28/2023	238/28/2023 241/28/2023
2021	233/28/2023	236/28/2023	239/28/2023 242/28/2023

Tabelle 1: Beschlussnummern für Feststellungen und Entlastungen

Weitergehende Beschlüsse wurden nicht gefasst.

3.2.2 Laufende Prüfung der Jahresrechnung

Die von der Verwaltung am 27.04.2023 aufgestellte Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2022 wurde vom Kreistag in seiner Sitzung vom 28.06.2023 zur Kenntnis genommen.

Die am 26.04.2024 aufgestellte Jahresrechnung 2023 wurde dem Kreistag in seiner Sitzung vom 15.08.2024 zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Die Jahresrechnung 2022 wurde seitens des Landkreises am 28.04.2023 und die Jahresrechnung 2023 am 26.04.2024 vollständig zur Prüfung vorgelegt.

Die Prüfung ergab, dass sie ordnungsgemäß aufgestellt wurden.

Die Aufstellung lag in beiden Prüfungsjahren innerhalb der Viermonatsfrist.[7]

3.3 Einhaltung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans

Die Prüfung ergab, dass die Haushaltssatzungen und die Haushaltspläne im Wesentlichen eingehalten wurden.

Die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit des Satzungserlassverfahrens ergab keine Beanstandungen. Die Haushaltssatzungen sind wirksam zustande gekommen.

Die Inanspruchnahme der Instrumente zur Flexibilisierung der Haushaltsdurchführung erfolgte nicht immer im zulässigen Rahmen.

Die Prüfung des Verfahrens bei über- und außerplanmäßigen Ausgaben führte teilweise zu Beanstandungen.

3.4 Feststellungen zur Ordnungs- und Gesetzmäßigkeit

Im Ergebnis der Prüfung wurde festgestellt, dass das interne Kontrollsystem des Landkreises, insbesondere in Form der Dienstanweisung für das Finanz- und Kassenwesen, die Anforderungen erfüllt und seitens der Verwaltung grundsätzlich beachtet wird.

[6] § 80 ThürKO Jahresrechnung: (2) Die Jahresrechnung ist innerhalb von vier Monaten nach Abschluss des Haushaltsjahres aufzustellen und sodann dem Gemeinderat vorzulegen.

Die Prüfung der Anordnungs- und Belegpraxis führte teilweise zu Beanstandungen.

3.5 Wirtschaftliche Feststellung: Schuldendienst

Der Schuldenstand des Landkreises war in den Jahren 2022 und 2023, gemessen am Durchschnitt der Thüringer Landkreise, gering.

Der Handlungsspielraum war durch den Schuldendienst nicht eingeschränkt.

3.6 Wirtschaftliche Feststellung: Rücklagen

Der Landkreis hielt den gesetzlichen Mindestbestand der allgemeinen Rücklage 2022 und 2023 ein.[8]

4 Erledigung früherer Prüfungsfeststellungen

Im Zuge dieser Prüfung wurden für die Nachschau folgende Beanstandungen des Prüfungszeitraumes 2019 bis 2021 ausgewählt und die Umsetzung der Empfehlungen überprüft.

1. Im vorhergehenden Prüfungszeitraum wurde festgestellt, dass die Abgrenzung der Zuständigkeit von Landrat und Kreis- und Finanzausschuss bei über- und außerplanmäßigen Ausgaben in der Geschäftsordnung anders geregelt war als in der Hauptsatzung - bei einer über- oder außerplanmäßigen Ausgabe von genau 25.000,00 € war laut der Hauptsatzung der Landrat zuständig, laut der Geschäftsordnung aber der Kreis- und Finanzausschuss.

   Diese Beanstandung wurde abgestellt. Mit Beschluss vom 28.06.2023 wurde die Geschäftsordnung des Kreistages geändert, so dass die Regelung nun den Gegebenheiten der Hauptsatzung entspricht.

2. Bereits seit der örtlichen Prüfung der Jahresrechnung 2017 besteht die Feststellung, dass der Dienstleistungsvertrag zwischen der Firma Industrie- und Transportschutz Thüringen GmbH (ITT) und dem Landkreis Hildburghausen zur Durchführung der Kassengeschäfte des Naturhistorischen Museums Schleusingen zu kündigen und grundsätzlich die Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Übertragung dieser Aufgabe an Dritte zu überprüfen wäre. Sollte die Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Beauftragung eines externen Dritten gegeben sein, wäre die Leistung neu im Wege der öffentlichen Ausschreibung zu vergeben. Es wurde nach jeder Prüfung zugesagt, diese Beanstandung abzustellen.

   Der Landkreis setzte dies aber nicht um. Es wurde bisher nicht erläutert, warum diese Beanstandung nicht abgestellt wird.

   In der Stellungnahme erklärte das Fachamt, dass für die regelmäßige Absicherung der Öffnungszeiten und die hohe Verantwortung beim Schutz von wertvollem Kulturgut Fachkräfte eines Schließ- und Sicherheitsdienstleisters notwendig sind.
   Die genannte Beanstandung wird zeitnah abgestellt. Eine Neuausschreibung soll 2025 erfolgen. Der überarbeitete Dienstleistungsvertrag sowie die Aufgaben und Pflichten der Kassen- und Aufsichtskräfte (Anlagen 1 und 2), als Basis für die Neuausschreibung, liegen demnach im Entwurf zur weiteren

[7] § 68 ThürKO Rücklagen: Die Gemeinde hat für Zwecke des Vermögenshaushalts und zur Sicherung der Haushaltswirtschaft Rücklagen in angemessener Höhe zu bilden. Rücklagen für andere Zwecke sind zulässig.

Bearbeitung durch den Amtsleiter, die Vergabestelle, die Kämmerei und ggf. das Rechtsamt vor.

3. Wie bereits mehrfach festgestellt, erfolgte das Verfahren der Inanspruchnahme von über- und außerplanmäßigen Ausgaben nicht immer entsprechend § 58 ThürKO. In einzelnen Fällen erfolgte die Bewilligung erst nachträglich. Einige über und außerplanmäßige Ausgaben entstanden durch Planungsfehler.

   Diese Beanstandungen wurden auch im Prüfungszeitraum 2022 bis 2023 nicht vollständig abgestellt.

4. In den Vorjahren gab es in allen geprüften Haushaltsjahren durch die fehlende Sollstellung bei der Übertragung von Guthaben negative Kassenreste im Verwahrbuch. Nach einer entsprechenden Abstimmung der Verwaltung mit der Softwarefirma sollte ab der Erstellung der Jahresrechnung 2022 nach der Guthabenübertragung eine Sollstellung mit der Buchungsart 47 sowohl im abschließenden als auch neuen Jahr erfolgen, so dass Soll und Ist gleich sind und damit keine negativen Kassenreste mehr entstehen.

   Die Beanstandung wurde nicht abgestellt. In beiden geprüften Haushaltsjahren war festzustellen, dass diese Buchung bisher nicht erfolgte.

   Laut Stellungnahme der Verwaltung wurde die Problematik nochmals besprochen, entsprechende Buchungen werden zukünftig erfolgen.

5 Haushaltssatzung und Jahresrechnung

5.1 Finanz- und Haushaltsplanung

Im Kapitel "Finanz- und Haushaltsplanung" werden verschiedene Aspekte betrachtet: Zunächst wird der Ablauf der Haushaltsplanung beschrieben, anschließend die Einhaltung der gesetzlichen Fristen überprüft. Zuletzt wird geprüft, inwieweit das Verfahren zum Erlass der Haushaltssatzung ordnungsgemäß durchgeführt wurde.

5.1.1 Haushaltssatzung

Die Vorlage der Haushaltssatzung bei der Rechtsaufsichtsbehörde soll spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres erfolgen (30.11. = Solldatum). Enthält eine Haushaltssatzung genehmigungspflichtige Teile, darf sie erst in Kraft treten, wenn die Aufsichtsbehörde diese genehmigt hat.[9]

Im Prüfungszeitraum wurde keine Haushaltssatzung vor dem 30.11. des Vorjahres beschlossen. Eine rechtzeitige Vorlage bei der Rechtsaufsichtsbehörde gemäß § 57 Abs. 2 ThürKO war somit in keinem der geprüften Haushaltsjahre möglich.

[9] § 57 ThürKO Erlass der Haushaltssatzung: (1) Der Gemeinderat beschließt über die Haushaltssatzung samt ihren Anlagen in öffentlicher Sitzung. (2) Die Haushaltssatzung ist mit ihren Anlagen spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres der Rechtsaufsichtsbehörde vorzulegen. (3) Haushaltssatzungen mit genehmigungspflichtigen Bestandteilen sind sogleich nach der Genehmigung öffentlich bekannt zu machen. Für Haushaltssatzungen ohne solche Bestandteile findet § 21 Abs. 3 Anwendung. Gleichzeitig mit der öffentlichen Bekanntmachung der Haushaltssatzung ist der Haushaltsplan zwei Wochen lang öffentlich auszulegen und bis zur Entlastung und Beschlussfassung über die Jahresrechnung dieses Haushaltsjahres nach § 80 Abs. 3 Satz 1 zur Einsichtnahme zur Verfügung zu halten. Auf Ort und Zeit der öffentlichen Auslegung und die Möglichkeit zur Einsichtnahme ist in der öffentlichen Bekanntmachung der Haushaltssatzung hinzuweisen.

Folgende Ansicht zeigt die Übersicht über die geprüften Haushaltsjahre:

Haushaltsplanung: Beschlusstermin			
Prüfungsjahr	Termin des Haushaltsbeschlusses	Abweichung vom 30. November des Vorjahres in Tagen	Beschlussnummer der Haushaltssatzung
2022	11.01.2022	42	148/19/2022
2023	08.02.2023	70	202/26/2023

Tabelle 2: Haushaltsplanung: Beschlusstermin

Der Zeitraum bis zur Veröffentlichung der Haushaltssatzung verlängerte sich durch die notwendigen Genehmigungen der Kommunalaufsicht im Prüfungszeitraum zusätzlich.

Die Genehmigungen der Haushaltssatzungen erfolgten für 2022 am 21.02.2022 und für 2023 am 23.02.2023 jeweils ohne Auflagen.

Die Haushaltssatzung 2022 wurde am 05.03.2022 und die Haushaltssatzung 2023 am 04.03.2023 jeweils ordnungsgemäß im Amtsblatt des Landkreises Hildburghausen öffentlich bekannt gemacht.

Die Haushaltssatzungen wurden damit in beiden geprüften Haushaltsjahren nicht rechtzeitig bekannt gemacht.[10] Somit befand sich der Landkreis im Haushaltsjahr 2022 bis zum 05.03.2022 und im Haushaltsjahr 2023 bis zum 04.03.2023 in der vorläufigen Haushaltsführung. Die Vorgaben nach § 61 ThürKO wurden im Wesentlichen beachtet.

Die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit des Satzungserlassverfahrens ergab keine Beanstandungen. Die Haushaltssatzungen sind wirksam zustande gekommen.

Der Haushalt sollte prinzipiell früher aufgestellt und verabschiedet werden.

5.1.2 Nachtragshaushaltssatzung 2022

Die ursprüngliche Haushaltssatzung kann nur bis zum Ablauf des Haushaltsjahres durch eine Nachtragshaushaltssatzung geändert werden. Für die Nachtragshaushaltssatzung gelten die Bestimmungen der Haushaltssatzung entsprechend. Enthält die Nachtragshaushaltssatzung genehmigungspflichtige Teile, darf sie erst in Kraft treten, wenn die Aufsichtsbehörde diese genehmigt hat.

Der Landkreis hat mit Beschlussnummer 156/20/2022 vom 09.03.2022 eine Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022 erlassen und ordnungsgemäß am 02.04.2022 im Amtsblatt des Landkreises Hildburghausen öffentlich bekannt gemacht.

[10] § 61 ThürKO: Vorläufige Haushaltsführung (1) Ist die Haushaltssatzung bei Beginn des Haushaltsjahres noch nicht in Kraft, so darf die Gemeinde1.Ausgaben leisten, zu deren Leistung sie rechtlich verpflichtet ist oder die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar sind; sie darf insbesondere Bauten, Beschaffungen und sonstige Leistungen des Vermögenshaushalts, für die im Haushaltsplan eines Vorjahres Beträge vorgesehen waren, fortsetzen,2.die in der Haushaltssatzung jährlich festzusetzenden Abgaben nach den Sätzen des Vorjahres erheben,3.Kredite umschulden,4.Kredite zur Rückzahlung von Wasser- und Abwasserbeiträgen in der Höhe aufnehmen, wie es zur Einhaltung der Rückzahlungsfristen des § 21a Abs. 3 und 4 des Thüringer Kommunalabgabengesetzes erforderlich ist. Die Gemeinde bedarf hierfür der Genehmigung. (2) Reichen die Deckungsmittel für die Fortsetzung der Bauten, der Beschaffungen und der sonstigen Leistungen des Vermögenshaushalts nach Absatz 1 Nr. 1 nicht aus, so darf die Gemeinde Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen bis zu einem Viertel des durchschnittlichen Betrags der für die beiden Vorjahre festgesetzten Kredite oder, falls in einem oder in beiden Vorjahren keine Kredite festgesetzt wurden, bis zu einem Viertel der im Finanzplan des Vorjahres für das Haushaltsjahr vorgesehenen Kredite aufnehmen. Sie bedarf dazu der Genehmigung. § 63 Abs. 2 Satz 2 und 3 gilt entsprechend. (3) Der Stellenplan des Vorjahres gilt weiter, bis die Haushaltssatzung für das neue Jahr erlassen ist.

Der Grund für den Erlass war die Verminderung des Umlagesolls um 1.605.400 € aufgrund erhöhter Schlüsselzuweisungen des Landes.

Die Prüfung ergab, dass die rechtlichen Regelungen zur Nachtragshaushaltssatzung, insbesondere die des § 60 Abs. 2 und 3 ThürKO, eingehalten wurden.

Weitere Nachtragshaushaltssatzungen wurden im Prüfungszeitraum nicht erlassen.

5.2 Aufstellung der Jahresrechnung

5.2.1 Vollständigkeit der Jahresrechnung

Die Jahresrechnungen 2022 und 2023 des Landkreises Hildburghausen wurden vollständig zur Prüfung vorgelegt.

Die beigefügten Anlagen entsprachen dabei den vorgeschriebenen Mustern.[11]

5.2.2 Ordnungsmäßigkeit der Jahresrechnung

Die Prüfung ergab, dass hinsichtlich der Aufstellung der Jahresrechnungen die gesetzlichen Vorschriften der §§ 78 und 79 ThürGemHV grundsätzlich beachtet wurden.[12]

Die kassenmäßigen Abschlüsse enthielten die erforderlichen Angaben.

Die Überprüfung des Rechnungsergebnisses führte zu keinen Differenzen in Bezug auf die vorgelegte Haushaltsrechnung. Hinsichtlich der Ergebnisse der Haushaltsrechnung wird auf den Anlagenband verwiesen.

Die Prüfung der kassenmäßigen Abschlüsse ergab jeweils Differenzen zu den vorhandenen Bargeld- und Bankbeständen zum 31. Dezember des jeweiligen Jahres.

In den Bankbeständen waren Beträge vorhanden, die gemäß den Vorschriften über die Rechnungsabgrenzung nach § 80 Abs. 2 ThürGemHV im jeweiligen Haushaltsjahr

[11] § 77 ThürGemHV Bestandteil der Jahresrechnung: (1) Die Jahresrechnung umfasst den kassenmäßigen Abschluss und die Haushaltsrechnung. (2) Der Jahresrechnung sind beizufügen 1. eine Vermögensübersicht, 2. eine Übersicht über die Schulden und die Rücklagen, 3. ein Rechnungsquerschnitt und eine Gruppierungsübersicht, 4. ein Verzeichnis der beim Jahresabschluss unerledigten Vorschüsse und Verwahrgelder, 5. ein den Belangen des Datenschutzes entsprechendes Verzeichnis der über den in § 80 Abs. 1 Satz 1 genannten Zeitraum hinaus gestundeten Beträge und 6. ein Erläuterungsbericht. (3) Die Bestände und die Veränderungen des Vermögens sowie der Schulden und Rücklagen können in der Jahresrechnung nachgewiesen werden. Absatz 2 Nr. 1 und 2 finden in diesem Fall keine Anwendung.

[12] § 78 ThürGemHV Kassenmäßiger Abschluss: Der kassenmäßige Abschluss enthält 1. die Soll-Einnahmen und die Soll-Ausgaben, 2. die Ist-Einnahmen und die Ist-Ausgaben bis zum Abschlusstag, 3. die Kasseneinnahme- und die Kassenausgabereste insgesamt und je gesondert für den Verwaltungshaushalt und den Vermögenshaushalt sowie für die Vorschüsse und Verwahrgelder. Als Ist-Überschuss bzw. Ist-Fehlbetrag ist der Unterschied zwischen der Summe der Ist-Einnahmen und der Summe der Ist-Ausgaben auszuweisen. § 79 ThürGemHV Haushaltsrechnung: (1) In der Haushaltsrechnung sind die in § 78 Satz 1 Nr. 1 bis 3 genannten Beträge für die einzelnen Haushaltsstellen nach der Ordnung des Haushaltsplans nachzuweisen. Den Soll-Einnahmen und Soll-Ausgaben des Haushaltsjahres sind die entsprechenden Haushaltsansätze gegenüberzustellen. Die über- und außerplanmäßig bewilligten Ausgaben sind nachzuweisen. (2) In der Haushaltsrechnung ist ferner bei den einzelnen Haushaltsstellen festzustellen, welche übertragbaren Ausgabemittel noch verfügbar sind und in welcher Höhe sie als Haushaltsausgabereste in das folgende Jahr übertragen werden. Haushaltseinnahmereste dürfen nur für Einnahmen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. d und aus der Aufnahme von Krediten gebildet werden, so weit der Eingang der Einnahmen im folgenden Jahr gesichert ist. (3) Zur Feststellung des Ergebnisses der Haushaltsrechnung sind die Soll-Einnahmen des Haushaltsjahres den Soll-Ausgaben des Haushaltsjahres unter Berücksichtigung etwaiger Haushaltsreste und Abgänge auf Haushaltsreste und Kassenreste gegenüberzustellen. Ein Überschuss ist in der abzuschließenden Jahresrechnung der allgemeinen Rücklage zuzuführen.

eingingen, aber erst im Folgejahr fällig wurden und bereits in die Bücher des neuen Jahres gebucht wurden.

Die Differenzen resultierten des Weiteren in allen Jahren aus zulässigen Abschlussbuchungen gemäß § 74 Abs. 1 Satz 2 ThürGemHV. Hierzu zählten die vorgenommenen Absetzungen der nicht verbrauchten zweckgebundenen Einnahmen und ihre Übernahme auf das Folgejahr im Soll und Ist - vgl. hierzu VV Nr. 3 zu § 17 ThürGemHV, § 70 Abs. 4 ThürGemHV sowie VV Nr. 1 und 3.2.5 zu § 74 ThürGemHV.

Weitere zulässige Abschlussbuchungen waren die nach dem Abschlusstag vorgenommenen Zuführungen an Rücklagen und die Entnahmen aus Rücklagen – vgl. hierzu VV Nr. 1 zu § 74 ThürGemHV und VV Nr. 6 zu § 79 ThürGemHV.

Im Verwahrbuch entstanden wie bereits in den Vorjahren auch im Prüfungszeitraum 2022 und 2023 bei der Übertragung von Guthaben negative Kassenreste, da lediglich eine Istbuchung, aber keine entsprechende Sollstellung erfolgte. Die Übertragung der Guthaben erfolgte aufgrund automatisierter Vorgänge in der Finanzsoftware, die Vornahme einer Sollstellung war hierbei nicht vorgegeben.

Gemäß § 78 ThürGemHV enthält der kassenmäßige Abschluss die Soll-Einnahmen und Soll-Ausgaben sowie die Ist-Einnahmen und Ist-Ausgaben auch für die Verwahrgelder.

Obwohl es sich bei den Buchungen im Verwahrbuch dem Wesen des Verwahrbuches entsprechend regelmäßig um tatsächliche Zahlungsvorgänge handelt, ist es nach der genannten Vorschrift erforderlich, grundsätzlich für jeden Zahlungsvorgang neben der Istbuchung eine entsprechende Sollstellung in gleicher Höhe vorzunehmen.

Nach einer Abstimmung der Verwaltung mit der Softwarefirma für das HKR-Programm am 12.10.2022 sollte ab der Erstellung der Jahresrechnung 2022 nach der Guthabenübertragung eine Sollstellung mit der Buchungsart 47 sowohl im abschließenden als auch im neuen Jahr erzeugt werden, so dass keine negativen Kassenreste mehr entstehen. Dies wurde jedoch nicht umgesetzt.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, eine entsprechende Sollstellung nach der Übertragung durchzuführen.

Laut Stellungnahme der Verwaltung soll diese Beanstandung zukünftig abgestellt werden.

Im Haushaltsjahr 2023 ergaben sich Kassenreste im Vorschussbuch bei den Buchungsstellen 000100.222222 und 000100.888888.

Auch das Vorschussbuch soll gemäß § 78 ThürGemHV ebenso wie das Verwahrbuch keine Kassenreste ausweisen. Die Entstehung der Kassenreste wäre zu klären.

5.3 Einhaltung von Haushaltssatzung und Haushaltsplan

In den folgenden Kapiteln werden verschiedene Aspekte betrachtet:

Zunächst werden die wesentlichen Einnahmen und Ausgaben nach Arten (Gruppierungsplan) auf der Basis der Rechnungsergebnisse dargestellt.

Daran anschließend werden wesentliche Abweichungen einzelner Rechnungsergebnisse von den Planansätzen gezeigt.

Zuletzt wird geprüft, inwieweit die Instrumente zur Flexibilisierung der Haushaltsdurchführung (Deckungsfähigkeit, Deckungsreserve) im zulässigen Rahmen eingesetzt wurden sowie über- und außerplanmäßige Ausgaben angefallen sind und ordnungsgemäß bewilligt wurden.

5.3.1 Wesentliche Einnahmen und Ausgaben

Verwaltungshaushalt 2022 in Euro	
Bezeichnung	Betrag
Wesentliche Einnahmen	
Sonst. allgemeine Zuweisungen und Umlagen	36.440.565,64
Schlüsselzuweisungen	20.553.414,42
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	19.368.134,16
Erstattung für Ausgaben des Verwaltungshaushaltes	8.351.776,60
Gebühren und ähnliche Entgelte	8.055.742,76
Wesentliche Ausgaben	
Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke	48.988.676,25
Personalausgaben	24.094.527,30
Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	23.790.215,55
Zuführungen zum Vermögenshaushalt	2.905.444,71
Zinsausgaben	55.066,18
Verwaltungshaushalt 2023 in Euro	
Bezeichnung	Betrag
Wesentliche Einnahmen	
Sonst. allgemeine Zuweisungen und Umlagen	39.650.996,57
Schlüsselzuweisungen	26.639.828,73
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	21.888.199,34
Erstattung für Ausgaben des Verwaltungshaushaltes	8.608.941,09
Gebühren und ähnliche Entgelte	7.891.886,70
Wesentliche Ausgaben	
Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke	53.474.825,65
Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	25.797.399,14
Personalausgaben	25.548.806,21
Zuführungen zum Vermögenshaushalt	6.260.465,17
Zinsausgaben	348.796,55

Tabelle 3: Wesentliche Einnahmen und Ausgaben VwH

Vermögenshaushalt 2022 in Euro	
Bezeichnung	Betrag
Wesentliche Einnahmen	
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	12.667.013,99
Zuführungen vom Verwaltungshaushalt	2.905.444,71
Entnahmen aus Rücklagen	1.858.635,00
Einnahmen aus der Veräußerung von Anlagevermögen	56.496,59
Wesentliche Ausgaben	
Baumaßnahmen	9.317.304,17
Zuweisungen, Zuschüsse für Investitionen	3.263.749,32
Vermögenserwerb	2.399.841,75
Zuführungen an Rücklagen	1.387.294,02
Zuführungen zum Verwaltungshaushalt	759.219,12
Vermögenshaushalt 2023 in Euro	
Bezeichnung	Betrag
Wesentliche Einnahmen	
Zuführungen vom Verwaltungshaushalt	6.260.465,17
Entnahmen aus Rücklagen	3.131.263,91
Einnahmen aus Krediten	1.000.000,00
Einnahmen aus der Veräußerung von Anlagevermögen	239.673,78
Wesentliche Ausgaben	
Vermögenserwerb	6.879.331,28
Zuführungen an Rücklagen	3.209.977,06
Baumaßnahmen	830.435,95
Tilgung von Krediten	582.431,36

Tabelle 4: Wesentliche Einnahmen und Ausgaben VmH

5.3.2 Abweichung der Rechnungsergebnisse von den Planansätzen

Verwaltungshaushalt 2022 in Euro	
Bezeichnung	Betrag
Wesentliche Mehreinnahmen	
Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb und in Einrichtungen	949.615,19
Sonst. allgemeine Zuweisungen und Umlagen	481.915,64
Verkaufs-, Miet-, Pachteinnahmen, sonstige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen	295.393,36
weitere Finanzeinnahmen	113.100,41
Wesentliche Mindereinnahmen	
Zuführungen vom Vermögenshaushalt	835.518,20
Gebühren und ähnliche Entgelte	512.171,75
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	320.113,09
Erstattung für Ausgaben des Verwaltungshaushaltes	228.583,43
Zinseinnahmen	22.468,06
Wesentliche Mehrausgaben	
Zuführungen zum Vermögenshaushalt	651.848,22
Personalausgaben	62.283,33
Wesentliche Minderausgaben	
Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke	697.040,04
Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	604.528,47
Zinsausgaben	25.783,82
Verwaltungshaushalt 2023 in Euro	
Bezeichnung	Betrag
Wesentliche Mehreinnahmen	
Sonst. allgemeine Zuweisungen und Umlagen	1.728.396,57
Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb und in Einrichtungen	445.048,79
Zinseinnahmen	128.834,84
Wesentliche Mindereinnahmen	
Erstattung für Ausgaben des Verwaltungshaushaltes	3.910.492,00
Gebühren und ähnliche Entgelte	644.573,59
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	322.208,30
Wesentliche Mehrausgaben	
Zuführungen zum Vermögenshaushalt	4.237.026,09
Wesentliche Minderausgaben	
Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	4.068.395,13
Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke	2.493.628,91
Personalausgaben	1.089.612,54
Zinsausgaben	36.253,45

Tabelle 5: Abweichung der Rechnungsergebnisse von den Planansätzen VwH

Vermögenshaushalt 2022 in Euro	
Bezeichnung	Betrag
Wesentliche Mehreinnahmen	
Zuführungen vom Verwaltungshaushalt	523.300,69
Einnahmen aus der Veräußerung von Anlagevermögen	53.052,58
Wesentliche Mindereinnahmen	
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	2.294.027,34
Entnahmen aus Rücklagen	1.145.909,03
Bezeichnung	32.974,63
Wesentliche Minderausgaben	
Baumaßnahmen	1.355.554,95
Zuführungen zum Verwaltungshaushalt	802.824,91
Vermögenserwerb	456.634,47
Zuweisungen, Zuschüsse für Investitionen	248.500,68
Vermögenshaushalt 2023 in Euro	
Bezeichnung	Betrag
Wesentliche Mehreinnahmen	
Zuführungen vom Verwaltungshaushalt	1.722.026,09
Einnahmen aus der Veräußerung von Anlagevermögen	215.912,63
Wesentliche Mindereinnahmen	
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	5.257.290,38
Einnahmen aus Krediten	1.601.000,00
Entnahmen aus Rücklagen	40.686,09
Wesentliche Minderausgaben	
Baumaßnahmen	2.650.934,16
Zuweisungen, Zuschüsse für Investitionen	1.551.858,12
Vermögenserwerb	587.564,81
Tilgung von Krediten	126.568,64
Zuführungen an Rücklagen	43.212,02

Tabelle 6: Abweichung der Rechnungsergebnisse von den Planansätzen VmH

Ausführliche Erläuterungen zu den wesentlichsten Abweichungen ergeben sich aus den Erläuterungsberichten zu den Jahresrechnungen.

5.3.3 Deckungsfähigkeit und Deckungsreserve

Zur Flexibilisierung der Haushaltsdurchführung sieht die ThürGemHV verschiedene Instrumente vor. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um die Deckungsreserve,[13] die Zweckbindung von Einnahmen (sog. „unechte Deckungsfähigkeit")[14] und die Deckungsfähigkeit (sog. „echte Deckungsfähigkeit").[15] Da diese Instrumente Ausnahmen von den Grundsätzen der Einzelveranschlagung[16] und der Gesamtdeckung[17] darstellen und somit das Budgetrecht des Rates tangieren, sind an die Beachtung der dabei geltenden Vorschriften erhöhte Anforderungen zu stellen.

Der Landkreis machte im Prüfungszeitraum von folgenden Instrumenten Gebrauch:

- Deckungsreserve
- unechte Deckungsfähigkeit
- echte Deckungsfähigkeit

Die Inanspruchnahme der echten Deckungsfähigkeit stand nicht immer in Einklang mit geltendem Recht.

Bei der Prüfung wurde zum wiederholten Male festgestellt, dass bewilligte überplanmäßige Ausgaben zur Deckung im Deckungskreis herangezogen wurden.

Dies war beispielsweise im Jahr Haushaltsjahr 2022 bei Deckungskreis 0048, Haushaltsstelle 232010.542000 und im Deckungskreis 0096, Haushaltsstelle

[13] § 11 ThürGemHV Deckungsreserve: (1) Im Verwaltungshaushalt können in angemessener Höhe 1. Verfügungsmittel, 2. Mittel als Deckungsreserve veranschlagt werden. Die Ansätze dürfen nicht überschritten werden; die Mittel sind nicht übertragbar. (2) Eine Deckungsreserve nach Absatz 1 darf nur veranschlagt werden, wenn der Haushaltsausgleich nicht gefährdet ist.

[14] § 17 ThürGemHV Zweckbindung von Einnahmen: (1) Einnahmen des Verwaltungshaushalts sind auf die Verwendung für bestimmte Ausgaben zu beschränken, wenn sich dies aus einer rechtlichen Verpflichtung ergibt. Sie können auf die Verwendung für bestimmte Ausgaben beschränkt werden, 1. wenn die Beschränkung sich aus der Herkunft oder Natur der Einnahmen ergibt oder 2. wenn ein sachlicher Zusammenhang dies erfordert und durch die Zweckbindung die Bewirtschaftung der Mittel erleichtert wird. Zweckgebundene Mehreinnahmen dürfen für entsprechende Mehrausgaben verwendet werden. (2) Im Haushaltsplan kann bestimmt werden, dass bestimmte Mehreinnahmen des Verwaltungshaushalts bestimmte Ausgabenansätze des Verwaltungshaushalts erhöhen oder bestimmte Mindereinnahmen bestimmte Ausgabenansätze vermindern. Ausgenommen hiervon sind Mehreinnahmen aus Steuern in Höhe des nicht zur Deckung überplanmäßiger Umlageverpflichtungen gebundenen Betrags und Mehreinnahmen aus allgemeinen Zuweisungen und Umlagen. (3) Mehrausgaben nach den Absätzen 1 und 2 gelten nicht als überplanmäßige Ausgaben. (4) Die Absätze 1 und 3 gelten für den Vermögenshaushalt entsprechend.

[15] § 18 ThürGemHV Deckungsfähigkeit: (1) Wenn im Haushaltsplan nichts anderes bestimmt ist, sind die Ausgaben im Verwaltungshaushalt, die zu einem Budget gehören, gegenseitig deckungsfähig. Entsprechendes gilt für die Personalausgaben und für Ausgaben in den einzelnen Sammelnachweisen, wenn sie nicht zu einem Budget gehören. (2) Ausgaben im Verwaltungshaushalt, die nicht nach Absatz 1 deckungsfähig sind, können für gegenseitig oder einseitig deckungsfähig erklärt werden, wenn sie sachlich zusammenhängen oder es wirtschaftlich zweckmäßig ist. (4) Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 gelten für Ausgaben im Vermögenshaushalt entsprechend. (6) Bei Deckungsfähigkeit können die deckungsberechtigten Ausgabenansätze zu Lasten der deckungspflichtigen Ansätze erhöht werden.

[16] § 7 ThürGemHV Allgemeine Grundsätze: (3) Die Einnahmen sind einzeln nach ihrem Entstehungsgrund, die Ausgaben nach Einzelzwecken zu veranschlagen. (...)

[17] § 16 ThürGemHV Gesamtdeckung: (1) So weit in dieser Verordnung nichts anderes bestimmt ist, dienen 1. die Einnahmen des Verwaltungshaushalts insgesamt zur Deckung der Ausgaben des Verwaltungshaushalts, 2. die Einnahmen des Vermögenshaushalts insgesamt zur Deckung der Ausgaben des Vermögenshaushalts.

488010.789010 sowie im Jahr 2023 im Deckungskreis 0015 bei den Haushaltsstellen 455700.770100 sowie 455500.770000 der Fall.

In der Stellungnahme zum letzten Prüfbericht für die Jahre 2019 bis 2020 wurde zugesichert, dass durch die Softwarefirma für das HKR-Programm eine entsprechende Einstellung vorgenommen wurde, so dass die im Deckungskreis bewilligten überplanmäßigen Ausgaben nicht mehr zur Deckung anderer Haushaltsstellen im Deckungskreis herangezogen werden.

Es wird dringend empfohlen, diesbezüglich noch einmal mit der Softwarefirma Kontakt aufzunehmen.

Weiterhin gab es auch in den geprüften Haushaltsjahren Haushaltsstellen mit Null-Ansätzen in den Deckungskreisen - beispielsweise im Jahr 2022 im Deckungskreis 0074 (202202000.562200) und im Jahr 2023 in den Deckungskreisen 0008 (295010.630000) sowie 0065 (211010.530023).

Das kommunale Haushaltsrecht geht vom sogenannten „Kassenwirksamkeitsprinzip" aus (§ 56 Abs. 2 Nr. 2 ThürKO). In der Planungsphase sollen nur die Ansätze für Ausgaben im kommenden Haushaltsjahr gebildet werden, bei denen auch Geldmittel während des Haushaltsjahres abfließen werden. Hieraus ergibt sich ein Verbot sogenannter „Nullansätze". Somit wären solche auch nicht in Deckungskreise einzubeziehen. Minderausgaben eines Ausgabezwecks können also nicht für Mehrausgaben eines Zweckes verwendet werden, der im Haushaltsplan nicht enthalten ist bzw. sein darf. Dies reduziert die Transparenz über das Haushaltsgeschehen in Planung und vor allem Ausführung in unzulässiger Weise. Dem Kreistag wird damit grundsätzlich ein Teil seiner Entscheidungsbefugnis vorenthalten. Weiterhin ergibt sich bereits aus § 18 Abs. 6 ThürGemHV, dass nur deckungsberechtigte Ausgabeansätze zu Lasten der deckungspflichtigen Ansätze erhöht werden dürfen.

5.3.4 Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Gemäß § 58 Abs. 1 ThürKO sind über- und außerplanmäßige Ausgaben nur zulässig, wenn sie unabweisbar sind und die Deckung gewährleistet ist. Sind sie erheblich, so sind sie von dem Kreistag zu beschließen. Über- und außerplanmäßige Ausgaben, wie auch bereits zu solchen Ausgaben führende Maßnahmen (Aufträge, Bestellungen, Verträge) sind nur zulässig, wenn

- sie nicht den Erlass einer Nachtragshaushaltssatzung erfordern,[18]
- es sich nicht um eine Haushaltsstelle handelt, bei der wegen der Art der Ausgabe (z.B. Verfügungsmittel, Deckungsreserve) eine Überschreitung ausscheidet,[19]

[18] § 60 ThürKO Nachtragshaushaltssatzungen: (2) Die Gemeinde hat unverzüglich eine Nachtragshaushaltssatzung zu erlassen, wenn 1. sich zeigt, dass trotz Ausnutzung jeder Sparmöglichkeit ein Fehlbetrag entstehen wird und der Haushaltsausgleich nur durch eine Änderung der Haushaltssatzung erreicht werden kann, 2. bisher nicht veranschlagte oder zusätzliche Ausgaben bei einzelnen Haushaltsstellen in einem im Verhältnis zu den Gesamtausgaben erheblichen Umfang geleistet werden müssen, 3. Ausgaben des Vermögenshaushalts für bisher nicht veranschlagte Investitionen oder Investitionsförderungsmaßnahmen geleistet werden sollen, 4. Beamte oder Angestellte eingestellt, befördert oder höher gruppiert werden sollen und der Stellenplan die entsprechenden Stellen nicht enthält.

[19] § 11 Verfügungsmittel, Deckungsreserve: (1) Im Verwaltungshaushalt können in angemessener Höhe 1. Verfügungsmittel, 2. Mittel als Deckungsreserve veranschlagt werden. Die Ansätze dürfen nicht überschritten werden; die Mittel sind nicht übertragbar.

- sie zeitlich und sachlich unabweisbar sind und
- ihre Deckung gewährleistet ist.

Bei der Prüfung der Unabweisbarkeit ist ein strenger Maßstab anzulegen.

Aus den Jahresrechnungen war ersichtlich, dass in den geprüften Haushaltsjahren über- und außerplanmäßige Ausgaben zu verzeichnen waren. Der Umfang der formal entstandenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben ergibt sich aus nachfolgender Tabelle:

formal entstandene über- und außerplanmäßige Ausgaben						
Haushalts-jahr	Verwaltungshaushalt in Euro		Vermögenshaushalt in Euro		Gesamt in Euro	entspricht in %
	überplan-mäßig	außer-planmäßig	überplan-mäßig	außerplan-mäßig	Ges.-Volumen	
2022	2.274.657,95	63.995,25	417.535,46	20.798,58	2.776.987,24	2,37
2023	955.712,61	233.438,00	49.805,70	17.618,38	1.256.574,69	1,03

Tabelle 7: Überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben

Regelungen zur Abgrenzung der Befugnisse von über- und außerplanmäßigen Ausgaben wurden in der Hauptsatzung des Landkreises Hildburghausen vom 18.09.2019, in der Geschäftsordnung des Kreistages Hildburghausen vom 28.06.2023 sowie in der Dienstanweisung zur Verfahrensweise bei über- und außerplanmäßigen Ausgaben vom 05.03.2010 getroffen. Diese Regelungen waren auch zum Prüfungszeitpunkt noch aktuell.

Laut § 8 Abs. 5 der Hauptsatzung darf der Landrat über- und außerplanmäßige Ausgaben bis einschließlich 25.000,00 € bewilligen, wenn sie unabweisbar sind und die Deckung gewährleistet ist.

In § 33 Abs. 2 Nr. 3 der Geschäftsordnung ist geregelt, dass der Kreis- und Finanzausschuss über über- und außerplanmäßige Ausgaben von über 25.000,00 € bis 100.000,00 € entscheidet. Darüber hinaus ist der Kreistag zuständig.

Zusätzlich gibt es Regelungen in § 8 der Dienstanweisung zur Verfahrensweise bei über- und außerplanmäßigen Ausgaben, demnach bewilligt der Leiter des Amtes für Finanzverwaltung im Einvernehmen mit dem jeweiligen Dezernenten überplanmäßige Ausgaben bis 10.000,00 € und außerplanmäßige Ausgaben bis 5.000,00 €, darüber hinaus bewilligt der Landrat über- und außerplanmäßige Ausgaben bis einschließlich 25.000,00 €; der Kreis- und Finanzausschuss beschließt über über- und außerplanmäßige Ausgaben von über 25.000,00 € bis 100.000,00 €; darüber hinaus ist der Kreistag zuständig.

Die Prüfung des Verfahrens bei über- und außerplanmäßigen Ausgaben führte zu Beanstandungen.

Einzelne über- und außerplanmäßige Ausgaben wären bei sorgfältiger Haushaltsplanung vermeidbar gewesen: Fehlplanung

So wurde beispielsweise bei Haushaltsstelle 130000.530000 eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 25,44 € am 09.12.2022 bewilligt. Laut Begründung des Fachamtes entstand diese aufgrund einer Kürzung des Ansatzes im Rahmen der Planberatungen. Diese Kürzung erfolgte, obwohl alle Mieten vertraglich festgelegt waren.

Gemäß § 7 Abs. 1 ThürGemHV sind die Einnahmen und Ausgaben in Höhe der im Haushaltsjahr zu erwartenden oder voraussichtlich zu leistenden Beträge zu veranschlagen – sie sind sorgfältig zu schätzen, soweit sie nicht errechenbar sind.

Laut Stellungnahme der Kämmerei wurde im Rahmen der Planberatung mit dem Fachamt keine Argumente festgehalten, welche gegen die vollzogene Kürzung gesprochen haben. Die stattgefundene Kürzung sollte eine genauere Anpassung an den feststehenden Mietpreis darstellen, die Rundung (+/-50 €) hat aber nicht exakt zum Mietpreis gepasst. Beachtung für die Zukunft ist gegeben.

nachträgliche Bewilligung

In mehreren Fällen erfolgte die Bewilligung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben erst nach Eingehen der Verpflichtung.

So wurde beispielsweise im Haushaltsjahr 2022 bei Haushaltsstelle 551000.718000 die Bewilligung einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 924,17 € erst am 28.12.2022 nach der Mahnung des fälligen Betrages durch das Fachamt beantragt.

Weiterhin wurden 2022 Mehrausgaben in Höhe von 3.719,40 € bei Haushaltsstelle 550000.630000 für die Durchführung der Ehrenamtsgala erst nach Rechnungseingang bewilligt.

Die Ausgabeermächtigung ist grundsätzlich vor Eingehen der Zahlungsverpflichtung - d. h. bereits vor der Auftragserteilung und nicht erst bei Vorliegen der Rechnung - zu erteilen, eine nachträgliche Bewilligung entspricht nicht dem Regelungszweck des § 58 ThürKO. Die Fachämter wurden in der Vergangenheit regelmäßig von der Finanzverwaltung auf die Einhaltung diesbezüglicher Vorgaben hingewiesen.

außerplanmäßige Deckung

Weiterhin wurden bei den Haushaltsstellen 400100.410000 und 400100.459000 im Haushaltsjahr 2023 außerplanmäßige Ausgaben im Rahmen der echten Deckung des Deckungskreises 001 gedeckt. Wie bereits unter Punkt 5.3.3 erläutert, können Haushaltsstellen ohne Ansatz nicht in einen Deckungskreis aufgenommen und somit auch nicht deren Überschreitungen mittels Sollübertragung gedeckt werden.

Unabweisbarkeit

Weiterhin konnte festgestellt werden, dass die sachliche und zeitliche Unabweisbarkeit nicht immer gegeben war.

So wurde im Haushaltsjahr 2022 bei Haushaltsstelle 082000.935000 eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 3.170,00 € für die Anschaffung eines Wasserspenders für die Kreisverwaltung bewilligt. Dass diese Anschaffung für die Erfüllung der kreislichen Aufgaben notwendig war und zeitlich nicht ohne Nachteil für den Landkreis auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden konnte, war nicht ersichtlich.

Laut Stellungnahme wurde erklärt, dass hinsichtlich der Erfüllung der kreislichen Aufgaben der steigenden Wärmebelastung und damit der Arbeitsfähigkeit der Mitarbeiter in den Sommermonaten entgegengekommen werden sollte. Dazu hätten drei Angebote mit kurzer Preisbindung vorgelegen. Aufgrund der Dauer der Beschaffung und der Vergaberegeln wäre eine spätere Bestellung nachteilig für den Landkreis Hildburghausen gewesen. Weiterhin wurde auch auf die zum Bewilligungszeitpunkt bestehenden Engpässe bei Material und Werkstoffen hingewiesen.

Im Haushaltsjahr 2023 wurden beispielsweise überplanmäßige Reisekosten für eine Dienstreise zur "Grünen Woche" in Höhe von 1.057,00 € bei Haushaltsstelle 024000.654000 und ein freiwilliger Sonderbeitrag in Höhe von 5.000,00 € für den

Landschaftspflegeverband "Thüringer Wald e.V." bei Haushaltsstelle 120010.661000 ohne ausreichende Begründung der sachlichen und zeitlichen Unabweisbarkeit bewilligt.

Gemäß § 58 Abs. 1 ThürKO sind über- und außerplanmäßige Ausgaben nur zulässig, wenn sie unabweisbar sind und die Deckung gewährleistet ist. Es muss eine sachliche und zeitliche Unabweisbarkeit vorliegen. Sachlich unabweisbar ist eine über- bzw. außerplanmäßige Ausgabe nur, wenn eine nicht vorhersehbare rechtliche Verpflichtung besteht oder die Mehrausgabe zur Erfüllung einer gemeindlichen Aufgabe erforderlich ist. Die zeitliche Unabweisbarkeit setzt voraus, dass die Mehrausgabe nicht ohne Nachteil für den Landkreis auf einen späteren Zeitpunkt (Erlass einer Nachtragshaushaltssatzung oder der Haushaltssatzung des nächsten Jahres) verschoben werden kann.

Zukünftig sollte das Vorliegen der sachlichen und zeitlichen Unabweisbarkeit im Sinne des § 58 Abs. 1 ThürKO beachtet bzw. diese ausreichend begründet werden.

Eilentscheidung

Die vom Landrat am 21.12.2022 in Eilentscheidung[20] erteilte Bewilligung bei Haushaltsstelle 488010.789000 in Höhe von 78.602,70 € wurde dem Kreis- und Finanzausschuss als zuständiges Bewilligungsorgan möglicherweise in der Sitzung am 02.02.2023 mitgeteilt. Im Protokoll wurde lediglich "getroffene Eilentscheidung LR" vermerkt. Es war nicht zu entnehmen, um welche Eilentscheidung es sich handelte, und dass die gemäß § 108 Satz 2 ThürKO erforderliche unverzügliche Mitteilung der Gründe für die Eilentscheidung und die Art der Erledigung an die Ausschussmitglieder erfolgt war. Es wird empfohlen, zukünftig das Sitzungsprotokoll ausführlicher niederzuschreiben.

Weiterhin erfolgte die Mitteilung nicht unverzüglich, da bereits am 09.01.2023 eine Sitzung des Kreis- und Finanzausschusses stattfand.

5.4 Ordnungs- und Gesetzmäßigkeit

Im Gegensatz zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit bei der Aufstellung der Jahresrechnung im engeren Sinne wird hier die Beachtung der geltenden Vorschriften und Grundsätze in Bereichen geprüft, die für die gemeindliche Wirtschaftsführung von wesentlicher Bedeutung sind. Zu beachtende Vorschriften ergeben sich dabei nicht nur aus Gesetzen und Verordnungen, sondern auch aus Verwaltungsvorschriften und innerbehördlichen Regelungen, insbesondere aus Dienstanweisungen und dergleichen.

5.4.1 Internes Kontrollsystem (IKS)

Der Begriff IKS wird hier für die Gesamtheit aller Maßnahmen verwendet, die in einer Kommune dazu dienen, die Gesetz- und Ordnungsmäßigkeit im Finanz- und Kassenwesen sowie den Schutz des kommunalen Vermögens zu gewährleisten. Zur Aufgabe des IKS zählt es insbesondere, Fehler zu verhindern die sich durch Bequemlichkeit oder Vergesslichkeit ergeben können, sowie bewusst herbeigeführte Vermögensminderungen (z. B. Veruntreuungen) zu vereiteln. Voraussetzung für ein gut funktionierendes IKS bildet eine deutlich abgrenzende Aufbauorganisation und eine durchdachte Organisation des Ablaufes aller Geldbewegungen (Ablauforganisation). Die Grundprinzipien eines jeden IKS bilden das Prinzip der Funktionstrennung – hier

[20] § 108 ThürKO Eilentscheidungsrecht: Der Landrat kann in Angelegenheiten, deren Erledigung nicht ohne Nachteil für den Landkreis bis zu einer Sitzung des Kreistags oder des zuständigen Ausschusses aufgeschoben werden kann und kein Beschluss nach § 112 in Verbindung mit § 36a gefasst wird, anstelle des Kreistags oder des Ausschusses entscheiden. Die Gründe für die Eilentscheidung und die Art der Erledigung sind den Kreistagsmitgliedern oder den Mitgliedern des zuständigen Ausschusses unverzüglich mitzuteilen.

insbesondere die Trennung zwischen Anordnung und Vollzug - und das Prinzip der Automatik der Kontrollen. Dem Wesen eines IKS entspricht es weiterhin, dass es aufgrund ständiger Veränderungsprozesse, in Bezug auf Aufwand und Effizienz, fortlaufend zu optimieren ist.

Das zentrale Instrument für ein funktionierendes IKS stellt dabei die nach § 86 ThürGemHV zu erlassende Dienstanweisung für das Finanz- und Kassenwesen dar.[21]

Die Prüfung führte zum Ergebnis, dass eine Dienstanweisung für das Finanz- und Kassenwesen erlassen wurde (DA vom 01.07.2013, letzte Änderung vom 01.07.2019) und diese im Wesentlichen beachtet wurde.

Bereits bei der vorhergehenden Prüfung teilte die Verwaltung mit, dass eine neue Dienstanweisung für das Finanz- und Kassenwesen in Arbeit wäre, welche die Änderungen der ThürGemHV vom 23.05.2019 berücksichtigen soll und dann insbesondere Regelungen hinsichtlich der zukünftigen elektronischen Kommunikation und des Einsatzes automatisierter Verfahren enthält. Bisher liegt keine überarbeitete Dienstanweisung vor.

Laut Stellungnahme der Verwaltung wird die die Aktualisierung bis zum 31.12.2024 angestrebt.

5.4.2 Anordnungs- und Belegwesen, Buchführung

Das Anordnungswesen stellt das Bindeglied zwischen der Haushaltswirtschaft einerseits und dem Kassen- und Rechnungswesen andererseits dar. Insofern kommt der Frage, inwieweit im Anordnungswesen ordnungsgemäß und sachgerecht verfahren wird, grundsätzliche Bedeutung zu. Insbesondere stellt dies die Grundvoraussetzung für eine ordnungsgemäße Buchführung dar.

Die Buchführung, einschließlich der Sammlung der Belege, gehört zu den Aufgaben der Kasse, soweit nicht eine andere Stelle damit beauftragt ist.[22] Die Buchführung muss ordnungsgemäß, sicher und wirtschaftlich sein. Die Aufzeichnungen in den Büchern müssen vollständig, richtig, klar, übersichtlich und nachprüfbar sein; sie sind zeitnah vorzunehmen.[23] Weiterhin muss die Buchführung die Vornahme der geforderten Abschlüsse ermöglichen (Tages-, Zwischen- und Jahresabschluss).

Es wurden stichprobenhaft Einzelbelege aus dem Haushaltsjahr 2023 geprüft.

Im Rahmen der Prüfung der Anordnungs- und Belegpraxis wurde festgestellt, dass die gesetzlichen Anforderungen grundsätzlich erfüllt wurden, dennoch ergaben sich teilweise Beanstandungen. Der Landkreis steht vor der Aufgabe, die diese abzustellen.

---

[21] § 86 ThürGemHV Schriftform: Allgemeine Regelungen (Dienstanweisung) nach dieser Verordnung bedürfen der Schriftform.

[22] § 42 ThürGemHV Aufgaben der Kasse: (1) Zu den Kassengeschäften gehören 1. die Annahme der Einzahlungen und die Leistung der Auszahlungen, 2. die Verwaltung der Kassenmittel, 3. die Verwahrung von Wertgegenständen, 4. die Buchführung einschließlich der Sammlung der Belege, so weit nicht eine andere Stelle damit beauftragt ist.

[23] 61 ThürGemHV Grundsätze der Buchführung: (1) Die Buchführung muss ordnungsgemäß, sicher und wirtschaftlich sein. (2) Die Aufzeichnungen in den Büchern müssen vollständig, richtig, klar, übersichtlich und nachprüfbar sein; sie sind zeitnah vorzunehmen.

zahlungsbegründende Unterlage

Bei Haushaltsstelle 113000.650000, Hül-Nr. 10 wurden Ausgaben für Bescheide, Duldungen und Vordrucke an die Bundesdruckerei verbucht. Auf der Anordnung wurde vermerkt, dass die zahlungsbegründende Unterlage über das Online-Portal der Bundesdruckerei einsehbar sei. Einen Zugang dazu hat das Rechnungsprüfungsamt nicht, es wird empfohlen diese Rechnungen im DMS des Landkreises zu speichern, so dass eine Prüfung erfolgen kann.

In der Stellungnahme des Fachamtes wurde erklärt, dass zum Zeitpunkt der Abbuchung nicht auf das Portal der Bundesdruckerei zugegriffen werden konnte. Die Rechnung wurde nach Feststellung durch das Rechnungsprüfungsamt ausgedruckt und dem Beleg beigefügt.

Bei Hül-Nr. 54 der Haushaltsstelle 350100.520000 war die zahlungsbegründende Unterlage nicht ausreichend. Hieraus war nicht ersichtlich, was gekauft wurde.

Das Fachamt erläuterte dazu, dass es sich um die Anschaffung von Webcams für das Computerkabinett handelte. Die Rechnung wurde im Rahmen des zahlenmäßigen Nachweises bei der Abrechnung von Fördermitteln abgelegt.

Es wird darauf hingewiesen, dass in diesen Fällen ein Vermerk auf der Anordnung erfolgen muss, der auf den Verbleib der Rechnung hinweist.

Bei der Verbuchung des Handgeldes im Rahmen der Abschiebung von Asylbewerbern wurden keine zahlungsbegründenden Unterlagen abgelegt (Haushaltsstelle 113000.63100, Hül-Nr. 47-50).

Hierzu wurde in der Stellungnahme erklärt, dass Hilfsbelege vom Fachamt ausgestellt werden, die bei der dazu gehörigen Einnahme abgelegt werden.

Diese wären zukünftig der Auszahlungsanordnung beizufügen oder zumindest auf dieser zu vermerken, wo die zahlungsbegründende Unterlage abgelegt ist.

Es wird auf § 71 Abs. 1 Satz 1 ThürGemHV verwiesen. Buchungen müssen durch Auszahlungsnachweise, ferner durch Unterlagen, aus denen sich der Zahlungsgrund ergibt, belegt sein.

fehlendes Anordnungsdatum

In einigen Fällen fehlte das Anordnungsdatum auf den Auszahlungsanordnungen (Haushaltsstellen 350100.52000 - Hül-Nrn. 35, 36, 54; 130100.500000 - Hül-Nr. 17; 130200.520000 - Hül-Nr. 4; 130200.520641 - Hül-Nr. 26).

Gemäß § 38 Abs. 1 Nr. 8 ThürGemHV ist das Anordnungsdatum eine erforderliche Pflichtangabe. Es sollte zukünftig darauf geachtet werden, dass dies auf jeder Anordnung angegeben wird.

Fälligkeit

Die Fälligkeit der Zahlung laut Rechnung wurde nicht in jedem geprüften Fall eingehalten.

So wurde beispielsweise bei Haushaltsstelle 350100.520000, Hül-Nr. 42 der Betrag von 1.454,69 € für Computerzubehör am 23.10.2023 angeordnet und am 25.10.2023 ausgezahlt. Die Rechnung wurde bereits am 29.06.2023 ausgestellt mit einer Fälligkeit vom 06.07.2023.

Weiterhin war in einem Fall aufgrund der verspäteten Zahlung der Skontoabzug nicht mehr möglich (Haushaltsstelle 130100.520000 - Hül-Nr. 1).

In zwei Fällen wurden die Zahlungen rechtzeitig angewiesen, aber der Skontoabzug versäumt (Haushaltsstelle 436001.50000 - Hül-Nrn. 8, 10).

Zuordnung

Es wurde festgestellt, dass einige Buchungen nicht den entsprechenden Haushaltsstellen nach den Verwaltungsvorschriften über die Haushaltssystematik (VV GemHaushaltssyst) zugeordnet waren:

In einigen Fällen wurden Ausgaben für Verbrauchsmittel wie beispielsweise Benzin für einen Rasenmäher, Wespen-Powerspray, Nebelfluid, Bremsenreiniger und doppelseitiges Klebeband der Gruppe 52 zugeordnet. Gemäß den Zuordnungsvorschriften sind Waren und Güter, die nicht zu den Geschäftsausgaben der Verwaltung, zur Bewirtschaftung der Grundstücke und Haltung von Fahrzeugen gehören, sondern zum Verzehr und Verbrauch oder zur Verarbeitung benötigt werden, in der Regel eine beschränkte Lebensdauer haben oder unter bestimmten Bedingungen als Vorräte zum späteren Verbrauch gelagert werden können (Verbrauchsmittel) bei den Gruppen 57-63 zu veranschlagen.

Bei Haushaltsstelle 130200.520000 wurde mit Hül-Nr. 31 eine Ausgabe in Höhe von 2.569,57 € für die Anschaffung eines Gerätetesters mit Messadapter verbucht. Der Gerätetester hatte einen Wert von 2.000 € und wäre somit gemäß Nr. 2.2.1. a) im Vermögenshaushalt nachzuweisen gewesen.

6 Finanzieller Handlungsspielraum

Dazu wird zunächst die Einnahmeseite des Haushalts untersucht. Anschließend werden die Stabilität des Haushalts sowie die Haushaltsreste dargestellt.

6.1 Einnahmekraft

Die Landkreise legen ihren durch die sonstigen Einnahmen bei sparsamer und wirtschaftlicher Haushaltsführung nicht gedeckten Finanzbedarf auf die kreisangehörigen Gemeinden um (Kreisumlage).

Die Kreisumlage (Umlagesoll und Umlagesatz) ist in der Haushaltssatzung festzusetzen (§ 25 Abs. 1 Thüringer Finanzausgleichsgesetz –ThürFAG - i. d. F. vom 31. Januar 2013).

Sie dient zur Finanzierung der vom Landkreis erbrachten öffentlichen Leistungen und ist eine der wichtigsten Einnahmequellen der Landkreise. Die Umlage wird u.a. deshalb erhoben, weil Landkreise keine eigenen Steuereinnahmen erzielen.

Die Höhe der von einer kreisangehörigen Gemeinde zu entrichtenden Kreisumlage errechnet sich über die Multiplikation der Umlagegrundlage mit dem Umlagesatz. Die Höhe des Umlagesatzes wird vom Kreistag beschlossen und über die Haushaltssatzung festgesetzt.

Die Umlagegrundlage basiert auf der gemeindlichen Steuerkraft und den gemeindlichen Schlüsselzuweisungen. In die Steuerkraft fließen die Steuerkraftzahlen für die Gewerbesteuer, den gemeindlichen Einkommensteueranteil, die Grundsteuer A und B und den gemeindlichen Umsatzsteueranteil ein.

Die Höhe der Kreisumlage betrug im Jahr 2022 28.757.626,27 € und im Jahr 2023 29.966.552,81 €.

6.2 Einnahmestruktur

Die folgende Ansicht bildet die Einnahmestruktur ab, die sich aus der Kreisumlage, den Schlüsselzuweisungen des Landes, der allgemeinen Zuweisungen, der Gebühren sowie der sonstigen Einnahmen im Verwaltungshaushalt zusammensetzt.

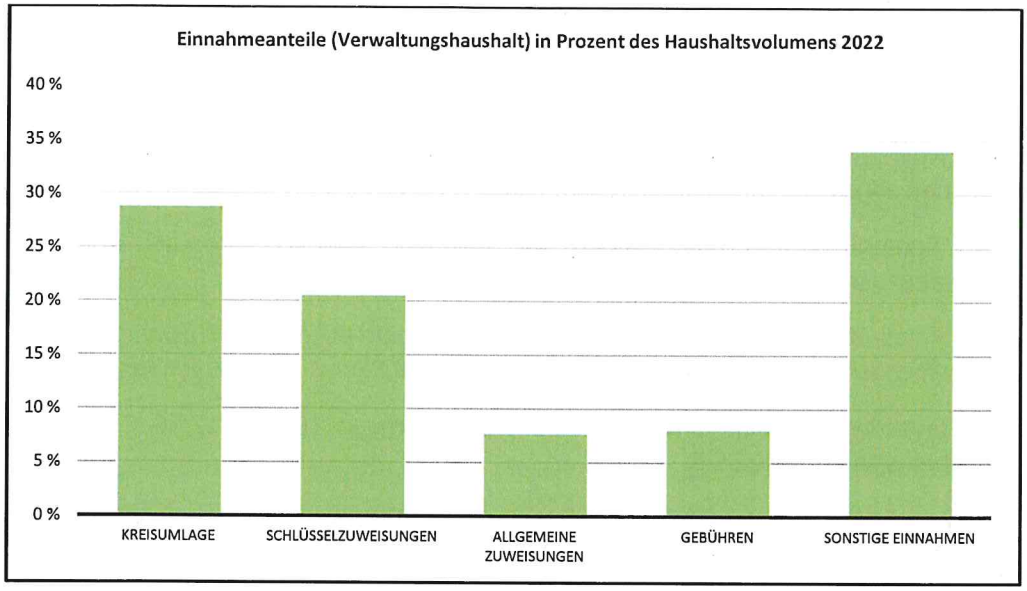


Abbildung 1: Einnahmeanteile (Verwaltungshaushalt) in Prozent des Haushaltsvolumens 2022

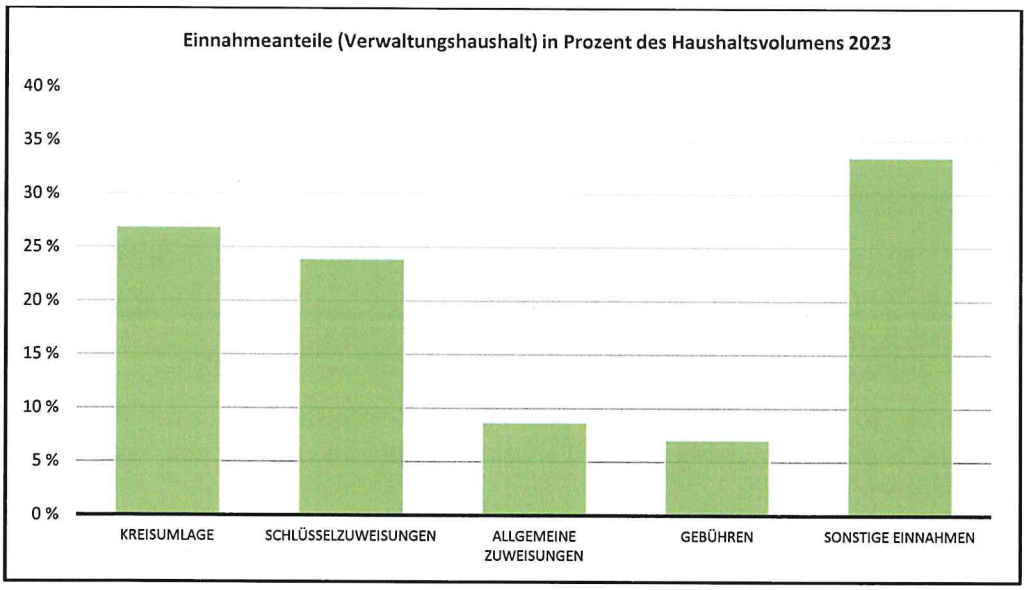


Abbildung 2: Einnahmeanteile (Verwaltungshaushalt) in Prozent des Haushaltsvolumens 2023

6.3 Landesmittel

Die Kommunen erhalten vom Land Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben in eigener Verantwortung. Hierzu gehören im Verwaltungshaushalt neben der Weitergabe von Steueranteilen, Schlüsselzuweisungen und sonstigen allgemeinen Zuweisungen (zum Beispiel Mehrbelastungsausgleich) sowie gegebenenfalls Bedarfszuweisungen aus dem Landesausgleichsstock und im Vermögenshaushalt Investitionszuschüsse aus Landesprogrammen.

Zuweisungen für laufende Zwecke

Die Betrachtung konzentrierte sich auf die Schlüsselzuweisungen sowie auf die Bedeutung, die die Landesmittel für den Gesamthaushalt des Landkreises hatten.

Im Jahr 2022 erhielt der Landkreis Schlüsselzuweisungen als Zuweisungen für laufende Zwecke in Höhe von 20.553.414,42 €. Im Jahr 2023 erhöhten sich diese auf 26.639.828,73 €.

Des Weiteren wurden im Jahr 2022 7.395.112,84 € und im Jahr 2023 9.321.005,49 € sonstige allgemeine Zuweisungen vom Land an den Landkreis gezahlt.

Die Bedeutung der Zuweisungen für laufende Zwecke wird als Anteil des Verwaltungshaushalts dargestellt.

Der Anteil der Schlüsselzuweisungen und sonstigen allgemeinen Zuweisungen am Verwaltungshaushalt betrug 28,55 % für das Jahr 2022 und 32,65 % für das Jahr 2023.

Zuweisungen für investive Zwecke

Die Investitionszuschüsse für das Jahr 2022 betrugen 10.610.612,56 €. Für 2023 ergaben sich 260.400,35 €.

Der Anteil der Zuweisungen für investive Zwecke am Vermögenshaushalt betrug für das Haushaltsjahr 2022 60,68 % und 2,60 % für das Jahr 2023.

Bedarfs-zuweisungen

Bedarfszuweisungen erhielt der Landkreis im Prüfungszeitraum nicht.

Im Haushaltsjahr 2022 betrugen die Landesmittel 33,11 % und im Haushaltsjahr 2023 30,12 % des Gesamthaushalts.

6.4 Haushaltsstabilität

Die Haushaltsstabilität einer Kommune lässt sich anhand einer Reihe spezifischer Haushaltskennzahlen beschreiben.

6.4.1 Rücklagen

Rücklagenbildung

Nach §§ 66 Abs. 3, 68 ThürKO hat der Landkreis zur Sicherung seiner Haushaltswirtschaft, das heißt zum Ausgleich von Einnahmeschwankungen sowie zur Sicherung seiner Zahlungsfähigkeit, Rücklagen in angemessener Höhe zu bilden und diese sicher anzulegen. Sie sollen einen angemessenen Ertrag bringen.[24]

Nach § 20 Abs. 2 ThürGemHV soll ein Mindestbetrag von zwei Prozent der durchschnittlichen Ausgaben des Verwaltungshaushalts der letzten drei Vorjahre vorgehalten werden.[25]

Die allgemeine Rücklage des Landkreises betrug am Ende des Haushaltsjahres 2021 6.427.344,81 €. Im Jahr 2022 wurde die allgemeine Rücklage auf 5.327.928,93 € gesenkt, 2023 lag sie dann bei 2.196.665,02 €.

Bewertung

Für die geprüften Jahre lag der Bestand der allgemeinen Rücklage jeweils über dem sich aus § 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV ergebenden Wert.

[24] § 66 ThürKO Erwerb und Verwaltung von Vermögen: (3) Die Vermögensgegenstände sind pfleglich und wirtschaftlich zu verwalten und ordnungsgemäß nachzuweisen. Zuschüsse der Gemeinde an Unternehmen nach Absatz 2 Satz 1 sind unzulässig. Bei Geldanlagen ist auf eine ausreichende Sicherheit zu achten; sie sollen einen angemessenen Ertrag bringen. § 68 ThürKO - Rücklagen: Die Gemeinde hat zur Sicherung der Haushaltswirtschaft und für Zwecke des Vermögenshaushalts Rücklagen in angemessener Höhe zu bilden. Rücklagen für andere Zwecke sind zulässig.

[25] § 20 ThürGemHV Allgemeine Rücklage und Sonderrücklagen: (2) Die allgemeine Rücklage soll die rechtzeitige Leistung von Ausgaben sichern (Betriebsmittel der Kasse). Zu diesem Zweck muss ein Betrag vorhanden sein, der sich in der Regel auf mindestens zwei v.H. der Ausgaben des Verwaltungshaushalts nach dem Durchschnitt der drei dem Haushaltsjahr vorangehenden Jahre beläuft.

Er entsprach 2022 6,32 % der durchschnittlichen jährlichen Ausgaben des Verwaltungshaushaltes der drei Vorjahre. Die gesetzlich geforderte Höhe der Mindestrücklage 2022 betrug 1.685.473,09 €, der Landkreis verfügte über einen Betrag von 5.327.928,93 € und damit um 3.642.455,84 € mehr als vorgeschrieben.

Im Haushaltsjahr 2023 entsprach der Rücklagenbestand 2,40 % der durchschnittlichen jährlichen Ausgaben des Verwaltungshaushaltes der drei Vorjahre. Die gesetzlich geforderte Höhe der Mindestrücklage 2023 betrug 1.834.252,01 €, der Landkreis verfügte über 2.196.665,02 € und damit 362.413,01 € mehr als vorgeschrieben.

Die Rücklagemittel wurden auf Girokonten und in Form von Tagesgeldern angelegt.

Dem Erfordernis einer ausreichend sicheren Geldanlage wurde mit den gewählten Anlageformen Rechnung getragen.

Die Entwicklung der allgemeinen Rücklage im Prüfungszeitraum ist in der Anlage zu diesem Bericht dargestellt.

Sonderrücklagen

Für den Prüfungszeitraum wurden neben der allgemeinen Rücklage Sonderrücklagen geführt.

6.4.2 Kredite und Zinsen

Durch alle langfristig eingegangenen Verpflichtungen verringert sich die Handlungsfreiheit der Städte und Gemeinden. Dies gilt besonders für Zinsausgaben, da diese Marktgegebenheiten unterliegen. Unverzinsliche Kredite sind unter dem Gesichtspunkt des Schuldendienstes unbedenklich.

Zum 31. Dezember 2023 hatte der Landkreis insgesamt sechs Kreditverträge. Bei keinem dieser Kredite handelte es sich um ein zinsloses Darlehen.

Schuldenhöhe

Die Verschuldung des Landkreises belief sich 2022 auf 3.265.301,22 €. Die Schulden machten damit 3,27 % des Verwaltungshaushalts aus. Im Jahr 2023 betrug die Schuldenhöhe 2.682.869,86 €. Die Schulden machten dann 2,41 % des Verwaltungshaushalts aus.

Gesamt-verschuldung

Der Landkreis Hildburghausen hatte zum 31. Dezember 2023 eine Gesamtverschuldung von 43,75 € je Einwohner. Die Entwicklung der Gesamtverschuldung der letzten Jahre zeigt die folgende Ansicht:

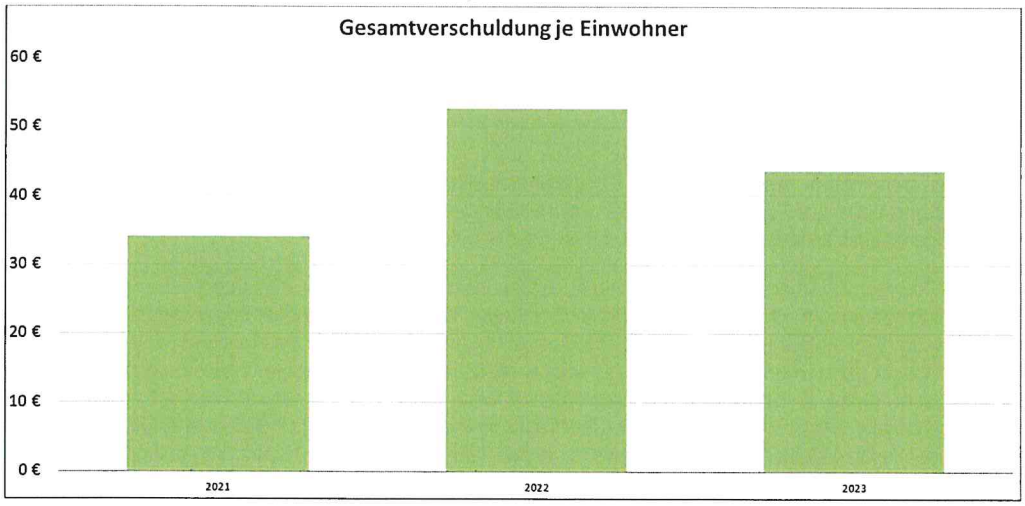


Abbildung 3: Gesamtverschuldung je Einwohner

Es gibt keine einschlägigen Vorschriften zur Kreditlaufzeit. Eine Messung am normierten Haushaltsergebnis oder an anderen Größen des Verwaltungshaushalts würde eine Strategie mangelnder Kreditkongruenz belohnen. Daher wurde die Tilgungsdauer der bestehenden Kredite ermittelt. Dazu wurde die ordentliche Tilgung jedes Haushaltsjahres auf die Gesamtschulden des Landkreises bezogen. In Anlehnung an typische kommunale Abschreibungszeiträume wurde eine Warngrenze von 20 Jahren festgelegt.

Die rechnerische Tilgungsdauer betrug im Landkreis im Prüfungszeitraum durchschnittlich 7 Jahre und lag somit unterhalb der Warngrenze von 20 Jahren.

Zinsausgaben

Zinsausgaben resultieren aus der Verschuldung des Landkreises und den zum Kreditabschluss geltenden Zinssätzen am Geldmarkt.

Die Zinsausgaben des Landkreises lagen im Jahr 2022 bei 55.066,18 €. Dies entsprach 0,06 % der bereinigten Ausgaben des Verwaltungshaushalts.

Im Jahr 2023 lagen sie bei 348.796,55 € und damit bei 0,33 % der bereinigten Ausgaben des Verwaltungshaushalts.

In Anlehnung an Erfahrungswerte anderer kommunaler Prüfungen wurde für die Höhe der Zinsausgaben eine Warngrenze von zwölf Prozent der bereinigten Ausgaben des Verwaltungshaushalts angesetzt.[26] Diese Werte lagen weit unterhalb der Warngrenze.

Kreditaufnahme

Im Haushaltsjahr 2022 wurde der Restbetrag eines KfW-Kredits in Höhe von 1.507.000,00 € abgerufen. Dazu wurde im Haushaltjahr 2021 ein Haushaltseinnahmerest in entsprechender Höhe gebildet.

Gemäß der Haushaltssatzung 2023 lag eine Kreditermächtigung in Höhe von 2.601.000 € vor. Daraus wurden im laufenden Haushaltsjahr keine Mittel in Anspruch genommen. In Höhe von 1 Mio. € wurde ein Haushaltseinnahmerest gebildet und in das Folgejahr übertragen.

6.5 Haushaltsreste

Definition Haushaltsausgabereste

Unter bestimmten Voraussetzungen dürfen Kommunen beim Jahresabschluss Haushaltsausgabereste (nach § 19 ThürGemHV) bilden, das heißt, Haushaltsansätze dürfen übertragen werden.[27] Im Vermögenshaushalt ist unter bestimmten Voraussetzungen daneben auch die Bildung von Haushaltseinnahmeresten für bestimmte Einnahmearten möglich.[28]

[26] Die bereinigten Ausgaben des Verwaltungshaushalts definieren sich als die Ausgaben des Verwaltungshaushalts abzüglich innerer Verrechnungen, kalkulatorischer Kosten, Zuführungen zum Vermögenshaushalt sowie Umlagen (z.B. Kreis- oder Schulumlage).

[27] § 19 ThürGemHV Übertragbarkeit: (1) Die Ausgabenansätze im Vermögenshaushalt bleiben bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für ihren Zweck verfügbar, bei Baumaßnahmen und Beschaffungen längstens jedoch zwei Jahre nach Schluss des Haushaltsjahres, in dem der Gegenstand oder der Bau in seinen wesentlichen Teilen in Benutzung genommen werden kann. (2) Ausgabenansätze eines Budgets im Verwaltungshaushalt können ganz oder teilweise für übertragbar erklärt werden. Ebenso können im Verwaltungshaushalt Ausgabenansätze für übertragbar erklärt werden, wenn die Übertragbarkeit eine wirtschaftliche Aufgabenerfüllung fördert. Die Ausgabenansätze bleiben bis zum Ende des folgenden Jahres verfügbar. § 18 Abs. 5 Satz 2 gilt entsprechend.

[28] § 79 ThürGemHV Haushaltsrechnung: (2 S. 2): Haushaltseinnahmereste dürfen nur für Einnahmen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. d und aus der Aufnahme von Krediten gebildet werden, soweit der Eingang der Einnahmen im Folgenden Jahr gesichert ist. § 1 ThürGemHV Inhalt des Haushaltsplans: (1) Der

Wenn solche Haushaltsreste gebildet werden, sind die übertragenen Mittel von ihrer zeitlichen Bindung befreit und im folgenden Jahr verfügbar. Es muss also kein erneuter Haushaltsplanansatz gebildet werden.

Der Landkreis machte im Prüfungszeitraum von der Resteübertragung Gebrauch.

Haushaltsreste im Verwaltungshaushalt

Die Haushaltsausgabereste im Verwaltungshaushalt beliefen sich im Jahr 2022 auf 1.964.470,00 €. Das entsprach einem Anteil von 1,97 % der Gesamtausgaben im Verwaltungshaushalt.

Bei Haushaltsstelle 082000.560000 wurde ein Haushaltsausgaberest in Höhe von 7.462,24 € aus dem Jahr 2021 in 2022 vorgetragen. Davon wurden lt. Haushaltsrechnung 6.038,67 € angeordnet, 1.471,86 € in Abgang gestellt und ein Betrag von -48,29 € weiter in 2023 übertragen. Dies ergab sich offensichtlich aus der zeitgleichen Buchung des Abgangs und einer Umbuchung eines Anordnungssolls in Höhe von 48,29 € auf den Haushaltsrest. Die beiden Buchungen erfolgten durch unterschiedliche Mitarbeiterinnen der Kämmerei am 19.01.2023. Im Erläuterungsbericht wurde ein Gesamtbetrag der von 2021 übertragenen Haushaltsreste im Verwaltungshaushalt mit 1.693.568,97 € angegeben, wovon demnach 1.661.804,27 € angeordnet und ein Betrag in Höhe von 31.812,99 € in Abgang gestellt wurden. Auch hier ergab sich die Differenz von 48,29 €, die jedoch im Erläuterungsbericht nicht festgestellt wurde. Zum Jahresabschluss 2023 (Buchungsdatum 11.01.2024) wurde eine Korrektur der vom Vorjahr übertragenen Haushaltsreste in 2023 vorgenommen.

Es wäre mit der die Finanzsoftware betreuenden Firma zu klären, wie derartige Überbuchungen vermieden werden können.

Die Haushaltsausgabereste beliefen sich im Jahr 2023 auf 1.392.276,64 €. Dies entsprach einem Anteil von 1,25 % der Gesamtausgaben im Verwaltungshaushalt.

In den Haushaltsjahren 2022 und 2023 wurden in Einzelfällen Ausgaben in das Folgejahr übertragen, obwohl kein Übertragbarkeitsvermerk im Haushaltsplan festgelegt war (2022 - Haushaltsstellen 111000.650000 und 113000.650000, 2023 - Haushaltsstellen 130200.562200 und 400200.651000).

Haushaltsreste im Vermögenshaushalt

Der Landkreis hatte in den Jahren 2022 und 2023 im Vermögenshaushalt Haushaltseinnahmereste und –ausgabereste gebildet.

Haushaltseinnahmereste im Vermögenshaushalt wurden für geplante Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen im Jahr 2022 in Höhe von insgesamt 7.998.424,98 € gebildet

Im Haushaltsjahr 2023 wurden sie auch für Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen sowie für ein nicht aufgenommenes Darlehen in Höhe von insgesamt 1.797.994,64 € gebildet.

Im Vermögenshaushalt betrugen die Haushaltsausgabereste 2022 13.078.614,52 € und entsprachen somit 74,79 % der Ausgaben des Vermögenshaushalts.

In 2023 ergaben sich 2.816.106,36 € und dies entsprach 28,12 % der Ausgaben des Vermögenshaushalts.

Vermögenshaushalt umfasst 1. auf der Einnahmeseite ..., d). Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und für die Förderung von Investitionen Dritter, Beiträge und ähnliche Entgelte, ...

7 Sonstige Prüfungsbemerkungen

Unter diesem Kapitel werden Prüfungsbemerkungen zu Sachverhalten von wesentlicher oder von grundsätzlicher Bedeutung dargestellt, die während der Prüfung zu Tage getreten sind und keinem bzw. nicht nur einem der in den einzelnen Kapiteln behandelten Prüfungsbereiche zuordenbar waren.

7.1 Übernahme der Buchungen aus dem Kassenautomaten

Während der Prüfung wurde festgestellt, dass für regelmäßige Bareinzahlungen am Kassenautomat des Landratsamtes allgemeine Zahlungsanordnungen erstellt werden. Zur Einzahlung werden Kassenkarten durch die Mitarbeiter der Fachämter ausgestellt. Das Bargeld wird dann durch den Bürger am Kassenautomat eingezahlt. Die Software des Automaten speichert die einzelnen Einzahlungen. Da es keine Verknüpfung dieser Software zum Haushaltsprogramm des Landkreises gibt, werden die Summen der einzelnen Haushaltsstellen, welche im Tagesabschluss des Kassenautomaten ausgewiesen werden, manuell in das Haushaltsprogramm übernommen.

Hier entsteht eine Datenbruchstelle, die Fehlerquellen eröffnet.

Es wird empfohlen, die Möglichkeit einer Schnittstelle zwischen den Programmen zu prüfen.

Laut Stellungnahme der Verwaltung wurde die Einrichtung einer Schnittstelle mit der Neuanschaffung des Kassenautomaten im Jahr 2022 geprüft und die Gefahr der Fehlbuchungen über die Schnittstelle wurde höher eingeschätzt als bei der bisherigen Verfahrensweise.

Eine derartige Prüfung war aus den Akten nicht ersichtlich. Es kann nicht nachvollzogen werden, dass bei einer Automatisierung die Gefahr von Fehlbuchungen höher ist als bei einer manuellen Eingabe. Weiterhin wäre die Wirtschaftlichkeit des dabei gebundenen Personals in Bezug zu den Anschaffungskosten der Software für die Schnittstelle zu prüfen.

8 Prüfung der Leistungen für Bildung und Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft

Im Rahmen der Prüfung der Jahresrechnungen 2022 und 2023 wurde der Bereich Bildung und Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft für Kinderzuschlags-, Wohngeld- und Sozialhilfeempfänger stichprobenhaft geprüft.

8.1 Leistungen für Bildung und Teilhabe bei Kinderzuschlags- und Wohngeldempfängern

Gemäß § 6b Abs. 1 Bundeskindergeldgesetz (BKGG) werden Leistungen für Bildung und Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen gezahlt, wenn Anspruch auf Kindergeld besteht und Kinderzuschlag oder Wohngeld bezogen wird.

Die Leistungen für Bildung und Teilhabe umfassen gemäß § 6b Abs. 2 BKGG i. V. m. § 28 Abs. 2 bis 7 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) Bedarfe für

- eintägige Schulausflüge und mehrtägige Klassenfahrten,
- persönlichen Schulbedarf,

- Schülerbeförderung,
- Lernförderung,
- Teilnahme an gemeinschaftlicher Mittagsverpflegung und
- Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft.

Für den Bereich der Kinderzuschlags- und Wohngeldempfänger wurden 23 Fälle der Leistungsgewährung für Bildung und Teilhabe geprüft. Der Erstantrag erfolgte hier jeweils im Haushaltsjahr 2023.

8.1.1 Antragstellung

Gemäß § 9 Abs. 3 BKGG sind die Leistungen für Bildung und Teilhabe zu beantragen.

Durch den Landkreis werden Antragsformulare für Kinderzuschlags- und Wohngeldempfänger für die verschiedenen Leistungen für Bildung und Teilhabe auf der Internetseite des Landkreises zum Download zur Verfügung gestellt.

Zu diesen Antragsformularen wurden folgende Hinweise gegeben:

Bei allen Anträgen wurde der Gesetzesname des Bundeskindergeldgesetzes falsch mit „Kindergeldgesetz" angegeben.

Der Hinweis zur nochmaligen Überprüfung der Angaben und die Belehrung über die Mitwirkungspflicht fehlten, diese wären aus Rechtsicherheitsgründen vor dem Feld zur Unterschrift des Antragsstellers einzufügen.

Den Formularen waren jeweils allgemeine Hinweise zum Ausfüllen der Anträge beigefügt.

Der Vermerk, dass die Leistungen frühestens ab Beginn des Monats gezahlt werden, in dem der Antrag gestellt wird, entsprach nicht der getätigten Verwaltungspraxis. Gerade bei der Erstattung der Kosten der Mittagsverpflegung wurde regelmäßig auch rückwirkend zum Beginn des Wohngeld- bzw. des Kinderzuschlagsbezugs der verauslagte Betrag erstattet.

Weiterhin waren einige Bemerkungen veraltet, so war beispielsweise der Hinweis auf Änderungen seit dem Jahr 2019 entbehrlich.

Im Antrag auf „Leistungen für Bildung und Teilhabe nach § 6 b Kindergeldgesetz/§ 34 SGB XII für die Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf" war auf Seite 2 das Schuljahr 2021/2022 angegeben. Um den Antrag allgemeingültig zu halten, wurde empfohlen, hier nur „für das aktuelle Schuljahr" zu schreiben.

Außerdem sollte am Ende der Seite 2 der Hinweis „Bitte auf der Rückseite unterschreiben!" entfernt werden.

Im Antrag auf Leistungen für eintägige/mehrtägige Ausflüge der Schule/Kindertageseinrichtung wurde in der Mitte der Seite 1 die falsche Rechtsgrundlage genannt. Hier war nicht § 6a Kindergeldgesetz, sondern § 6b Bundeskindergeldgesetz anzugeben.

Es wurde empfohlen, die Formulare sowie die Hinweise zum Ausfüllen des Antrags zu überarbeiten.

Laut der Stellungnahme des Fachamtes vom 18.06.2024 wurden alle Formulare entsprechend der o. g. Hinweise überarbeitet.

8.1.2 Aktenführung

Die Aktenführung des Fachamtes erfolgte vollständig im Dokumentenmanagementsystem (DMS) des Landratsamtes. Dabei wurden nach Antragseingangsdatum fortlaufend nummerierte Fallakten angelegt, welche mit Aktenzeichen „Haushaltsjahr/fortlaufende Nummer" (z. B. 2023/1) benannt wurden.

Auf den durch das Fachamt erstellten Bescheiden wurde kein Aktenzeichen angegeben. Gerade bei der Bewilligung der Mittagsverpflegung und den dazu beigelegten Abrechnungsformularen für die Essensanbieter wäre ein Vermerk des entsprechenden Aktenzeichens sinnvoll, um eine schnellere Zuordnung zur Fallakte zu gewährleisten.

Für die Akten wurden verschiedene Spalten durch das Fachamt vorgegeben. Eine davon wurde mit „Antragsdatum/Zugangsdatum" benannt. Es konnte festgestellt werden, dass hier durch die Sachbearbeiter das Posteingangsdatum des Antrags hinterlegt wurde. Die Bezeichnung der Spalte ist jedoch nicht eindeutig, das Antragsdatum entspricht nicht dem Zugangsdatum, so dass empfohlen wird, lediglich die Bezeichnung „Zugangsdatum" zu verwenden.

Während der Prüfung wurde festgestellt, dass Dokumente nicht immer in zeitlicher Reihenfolge in das DMS-Programm übernommen wurden. Somit war es in diesen Fällen nicht möglich, die Dokumente innerhalb der Akte in zeitlicher Reihenfolge geordnet darzustellen. Es wird empfohlen, bei Übernahme von Dokumenten immer das Feld Dokumentendatum entsprechend zu befüllen, so dass eine zeitliche Sortierung innerhalb der Akte möglich wird.

Aus der Sicht des Rechnungsprüfungsamtes ist das Dokumentendatum ein wichtiges Kriterium zur Übersichtlichkeit innerhalb der Akten. Da wie bereits oben dargelegt, die Übernahme der Papierdokumente in die DMS-Software nicht immer in zeitlicher Reihenfolge erfolgt, ist eine Sortierung nach dem Erstellungsdatum nicht zielführend, um sich die Dokumente innerhalb einer Akte chronologisch anzeigen zu lassen.

Auch im Hinblick auf eine mögliche gerichtliche Überprüfung der Akten ist eine Ablage in chronologischer Reihenfolge zwingend notwendig.

8.1.3 Feststellungen im Rahmen der Kostenerstattung für die Teilnahme an der gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung gemäß § 6b BKGG i. V. m. § 28 Abs. 6 SGB II

Von den geprüften 23 Akten wurde in 15 Fällen die Kostenerstattung für die Teilnahme an der gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung beantragt.

In allen Bescheiden über die Gewährung der Leistung wurde angegeben, dass der Antragsteller einen Zuschuss für die Teilnahme am gemeinschaftlichen Mittagessen erhält. Dies entspricht seit dem Jahr 2019 nicht mehr der Vorschrift nach § 28 Abs. 6 SGB II. Demnach werden die entstehenden Aufwendungen übernommen, dies erfolgt tatsächlich auch so durch das Fachamt. Die Bescheide wären zukünftig hinsichtlich der richtigen Formulierung entsprechend anzupassen.

In der Stellungnahme des Fachamtes wurde zugesichert, dass die Bezeichnungen „Zuschuss" und „Gutschein für Mittagessen" zukünftig geändert werden.

Weiterhin ergaben sich folgende Feststellungen:

- Bei Akte Nr. 18/2023 wurden die Bescheide für beide Kinder in ein Dokument gescannt bzw. gespeichert. Es wird empfohlen, in der Aktenablage zukünftig jeden Bescheid als ein Dokument zu behandeln.

  Laut Stellungnahme ist die Ablage jedes einzelnen Bescheides unübersichtlich. Dies kann durch das Rechnungsprüfungsamt nicht nachvollzogen werden. Bei einem eventuellen Widerspruch gegen einen der Bescheide wäre die Bearbeitung dadurch erschwert. Auch das alle Vornamen der betroffenen Kinder im Feld „Vorname betroffene Person" genannt sind, ändert nichts an der Schwierigkeit, einen bestimmten Bescheid einzeln aus der Akte zu ziehen.

- Im Bewilligungsbescheid der Akte Nr. 40/2023 wurde bei der Anrede der falsche Nachname der Antragstellerin angegeben.

  Laut der Stellungnahme des Fachamtes ergab sich dieser Fehler aus der Überschreibung eines anderen Bescheides. Es erfolgte eine entsprechende Belehrung der Mitarbeiter.

- In der Akte Nr. 52/2023 ergab sich ein Tippfehler beim Geburtsjahr des Kindes.

  Dieser Fehler wurde nach der Stellungnahme korrigiert.

- Im Fall Nr. 54/2023 wurde, laut Nachweis in der Akte, Wohngeld ab dem 01.06.2023 bezogen. Die Bewilligung der Kostenerstattung für die Mittagsverpflegung für zwei Kinder erfolgte laut Bescheid vom 01.06.2023 bis zum 31.05.2024. Jedoch wurde in der Anlage zur Abrechnung der Kosten für den Essensanbieter ein Zeitraum vom 01.04.2023 bis zum 31.05.2024 angegeben und dieser rechnete auch ab 01.04.2023 für beide Kinder ab. Es wurden somit 104,40 € zu viel gezahlt, da aufgrund des fehlenden Bezugs von Wohngeld oder Kinderzuschlag bis zum 31.05.2023 kein Anspruch auf Leistungen für Bildung und Teilhabe nach § 6b Abs. 1 BKGG bestand.

  In der Stellungnahme des Fachamtes wurde erläutert, dass der Fehler nur auf der letzten Seite entstand und sich bedingt dadurch bis zur Abrechnung durchzog. Da die Mutter somit Leistungen ohne Rechtsgrund (abweichend vom Wortlaut des Bescheides) erhalten hat und dies dem Grunde nach hätte erkennen können, wird eine Anhörung und Rückforderung veranlasst.

- Bei Akte Nr. 55/2023 wurde nach Ablauf des ersten Bewilligungszeitraumes ein weiterer Antrag gestellt. Diesem wurde auch stattgegeben. Jedoch lag für den neuen Bewilligungszeitraum 01.02.2024 bis 31.12.2024 kein Nachweis über den Bezug von Wohngeld oder Kinderzuschlag in der Akte vor.

  Der Wohngeldbescheid wurde laut Stellungnahme des Fachamtes der Akte als Nachweis beigefügt.

8.1.4 Feststellungen im Rahmen der Kostenerstattung für die Teilnahme an Schulausflügen und mehrtägigen Klassenfahrten gemäß § 6b BKGG i. V. m. § 28 Abs. 2 SGB II

Von den geprüften 23 Akten wurde in 11 Fällen die Kostenerstattung für die Teilnahme an Schulausflügen und Klassenfahrten beantragt.

Hierzu ergaben sich folgende Feststellungen:

- Bei Akte Nr. 37/2023 lag kein Nachweis bzw. keine Bestätigung der Schule über die Durchführung einer Klassenfahrt vor. Es wurde lediglich ein Umsatznachweis der Bank, dass die Antragstellerin einen Betrag von 135 € an die Schule überwiesen hat, vorgelegt. Weiterhin wurde handschriftlich vermerkt, dass 30 € bereits bar angezahlt wurden.

  Laut Stellungnahme des Fachamtes wird die Bestätigung der Schule nachgeholt und in der Akte als Nachweis abgelegt.

- Im Bescheid über die Bewilligung der Leistungen bei Akte 48/2023 wurde angegeben, dass der Betrag in Höhe von 620 € für die Klassenfahrten zweier Kinder auf das Konto der Schule überwiesen wird. Laut der vorliegenden Auszahlungsanordnung wurde dieser jedoch auf das Konto der Eltern überwiesen.

  Hierbei handelt es sich laut Aussage des Fachamtes um einen Fehler im Bescheid. Dieser wurde versehentlich nicht geändert.

- In der Akte 53/2023 wurde kein Bescheid über die Bewilligung der Leistung für eine Klassenfahrt abgelegt. Weiterhin wurde in dieser Fallakte unter der Leistungsart Klassenfahrten eine Anordnung falsch abgelegt. Diese betraf die Kostenerstattung für die Mittagsversorgung eines Kindes aus Akte 5/2024.

  Die falsch abgelegte Anordnung wurde durch das Fachamt mit der Bemerkung „falsches Dokument" archiviert und der fehlende Bescheid nachträglich erstellt.

8.1.5 Feststellungen im Rahmen der Kostenerstattung für persönlichen Schulbedarf gemäß § 6b BKGG i. v. m. § 28 Abs. 3 SGB II i. V. m. § 34 Abs. 3 und 3a des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII)

Von den geprüften 23 Akten wurden in 18 Fällen Leistungen für die Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf beantragt.

In keiner Akte lag ein Bescheid zur Bewilligung der Leistung vor. Das Fachamt konnte nicht erklären, auf welcher Grundlage nur für diese Leistung kein schriftlicher Verwaltungsakt erlassen wurde. Zukünftig wäre zur Rechtsicherheit auch für Leistungen des persönlichen Schuldbedarfs ein Bescheid zu erlassen.

Nach der Feststellung durch das Rechnungsprüfungsamt wurde eine Bescheidvorlage durch das Fachamt erstellt und der Schulbedarf zukünftig verbeschieden.

Zudem ergaben sich folgende Feststellungen:

- In den Anträgen der Akte 37/2023 fehlte die Bescheinigung der Schule über den Schulbesuch der Kinder. Zwar war aus dem Alter der Kinder ersichtlich, dass diese Schüler sein müssen, jedoch wird die Bestätigung der Schule im Antrag explizit eingefordert. Durch das Fachamt wurde die Leistung trotzdem erbracht.

  Laut der Stellungnahme des Fachamtes wurden die Bescheinigung angefordert und nach Eingang in der Akte abgelegt.

- Bei Akte 55/2023 wurde unter anderem für das 2. Schulhalbjahr mit Datum vom 22.02.2024 ein Antrag auf persönlichen Schulbedarf gestellt. Der entsprechende Betrag in Höhe von 65,00 € wurde an die Antragstellerin ausgezahlt. Jedoch lag in der Akte lediglich ein Nachweis über den Erhalt eines Kinderzuschlages bis zum

31.01.2024 vor. Somit war nicht nachvollziehbar, ob der Anspruch auch im zweiten Schulhalbjahr bestand.

Laut der Stellungnahme des Fachamtes wurde Wohngeld bewilligt und der Bescheid zwischenzeitlich in der Akte abgelegt.

8.1.6 Feststellungen im Rahmen der Kostenerstattung für die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft gemäß § 6b BKGG i. v. m. § 28 Abs. 7 SGB II

Von den geprüften 23 Akten wurden in 10 Fällen Leistungen für die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft beantragt.

In der Mehrzahl der Akten gab es keine Nachweise über die beantragten Kostenerstattungen für die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben.

Gemäß § 28 Abs. 2 SGB II werden für die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft pauschal 15 Euro monatlich berücksichtigt, sofern bei Leistungsberechtigten, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, tatsächliche Aufwendungen entstehen im Zusammenhang mit der Teilnahme an Aktivitäten in den Bereichen Sport, Spiel, Kultur und Geselligkeit und der Teilnahme am Unterricht in künstlerischen Fächern und vergleichbaren angeleiteten Aktivitäten der kulturellen Bildung sowie der Teilnahme an Freizeiten.

Der Gesetzeswortlaut fordert somit einen Nachweis, ob tatsächlich Aufwendungen entstehen.

In der Stellungnahme erklärte das Fachamt, dass laut dem Starke-Familien-Gesetz (StaFamG) vom 29.04.2019 diese Teilhabeleistung „nur noch" als Pauschale von 15 Euro bis zum 18. Lebensjahr gezahlt wird und ein Nachweis nicht mehr notwendig wäre, eine einfache Erklärung im Antrag würde demnach ausreichen.

Diese Auffassung vertritt das Rechnungsprüfungsamt nicht. Die Gesetzesänderung erhöhte den Pauschalbetrag und ermöglichte einen vereinfachten Nachweis. Auch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales erklärt auf seiner Internetseite: „Für die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft wird ein Betrag von pauschal 15 Euro monatlich erbracht. Ausreichend ist insoweit ein Nachweis, aus dem sich die Teilnahme an einer der gesetzlich bestimmten Aktivitäten (zum Beispiel Mitgliedschaft im Sportverein oder Unterricht in einer Musikschule) ergibt." (https://www.bmas.de/DE/Arbeit/Grundsicherung-buergergeld/Bildungspaket/Leistungen/leistungen-bildungspaket_art.html). *Somit ist ein Nachweis nicht gänzlich entbehrlich.*

Weiterhin wurde Folgendes festgestellt:

- In Akte 42/2023 wurde für ein Kind, welches am 08.06.2023 geboren wurde, bereits vom 01.04.2023 bis zum 31.03.2024 die Pauschale von 15,00 € monatlich bewilligt und insgesamt 180,00 € an den Antragsteller ausgezahlt. Es lag kein Nachweis der Verwendung vor. Ein Anspruch auf Leistungen für Bildung und Teilhabe vor Geburt eines Kindes ist gesetzlich nicht vorgesehen.

  Laut Stellungnahme der Verwaltung wurde nach Feststellung durch das Rechnungsprüfungsamt die Aufhebung des Bescheides gemäß § 45 SGB X für den

Zeitraum vom 01.04. – 31.05.2023 veranlasst, da dieser von Anfang an falsch war und die Eltern dies hätten erkennen können.

- Im Rahmen der Prüfung der Akte 52/2023 wurde allen Kindern der Familie die Pauschale von 15,00 € pro Monat ohne Nachweis der Verwendung ausgezahlt. Zusätzlich wurden für ein Kind die Kosten eines Konfirmandenausflugs finanziert. Hier lag ein entsprechender Nachweis vor. Im Bescheid wurde die Entscheidung, die Kosten zu tragen, nicht begründet.
  Gemäß § 6b BKGG i. V. m. § 28 Abs. 7 Satz 2 SGB II können neben der Berücksichtigung von den in Satz 1 genannten Bedarfen auch weitere tatsächliche Aufwendungen berücksichtigt werden, wenn sie im Zusammenhang mit der Teilnahme an Aktivitäten nach den Nummern 1 bis 3 SGB II entstehen und es den Leistungsberechtigten im Einzelfall nicht zugemutet werden kann, diese aus den Leistungen nach Satz 1 zu bestreiten. Eine zusätzliche Leistung ist damit grundsätzlich möglich, jedoch handelt es sich hier um eine Ermessensentscheidung, die im Bescheid entsprechend zu begründen wäre.

  Im Rahmen der Stellungnahme wurde zugesichert, dass derartige Entscheidungen zukünftig begründet werden.

8.2 Leistungen für Bildung und Teilhabe bei Sozialhilfeempfängern

Gemäß § 34 SGB XII werden Bedarfe für Bildung nach den Absätzen 2 bis 6 von Schülern, die eine allgemein- oder berufsbildende Schule besuchen, sowie Bedarfe von Kindern und Jugendlichen für die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft nach Absatz 7 neben den maßgebenden Regelbedarfsstufen gesondert berücksichtigt. Leistungen hierfür werden nach den Maßgaben des § 34a SGB XII gesondert erbracht.

Im Bereich der Sozialhilfe erfolgen nur geringe Anträge auf Leistungen für Bildung und Teilhabe. Durch das Fachamt wurde eine Auflistung der Personen übergeben, die im Prüfungszeitraum entsprechende Leistungen erhalten haben. Es ergaben sich 13 Akten. In Akte 55300 waren allerdings keine Dokumente über die Bewilligung von Leistungen nach § 34 SGB XII ersichtlich.

8.2.1 Antragstellung

Gemäß § 34a Abs. 1 Satz 1 SGB XII werden Leistungen zur Deckung der Bedarfe nach § 34 Absatz 2 und 4 bis 7 SGB XII auf Antrag erbracht; gesonderte Anträge sind nur für Leistungen nach § 34 Absatz 5 SGB XII erforderlich.

Auch im Bereich der Leistungen für Bildung und Teilhabe des SGB XII wurden die Anträge der Wohngeldstelle verwendet. Sie sind laut Formularvorgabe an die Wohngeldstelle gerichtet und haben keine Möglichkeit, den Bezug von Leistungen nach dem SGB XII als Antragsvoraussetzung zu vermerken.

Auch wenn es nur eine geringe Anzahl von Antragstellern in diesem Bereich gibt, wird empfohlen, die Anträge dahingehend zu ändern, dass diese für alle Antragsarten genutzt werden können.

8.2.2 Aktenführung

Für die Leistungen der Bildung und Teilhabe wurden durch das Fachamt keine separaten Akten geführt. Die entsprechenden Unterlagen waren in der Sozialhilfeakte enthalten.

Bei Akte 88262 war aus dem Berechnungsbogen 2/2024 ersichtlich, dass Leistungen für persönlichen Schulbedarf gezahlt wurden. Es lag jedoch kein Bescheid vor.

Teilweise wurde eine Akte für zwei Geschwister gemeinsam geführt, teilweise für jedes Kind eine Akte angelegt.

In den Akten 5253 und 5241 wurde bei der Dokumentablage nicht konsequent nach den Personen getrennt. Die vor Einführung des DMS geführte Papierakte wurde in mehreren Teilen fortlaufend eingescannt. Dabei erfolgte Erfassung der Dokumente für die Geschwister gemeinsam in einer PDF-Datei. Offensichtlich wurde früher für beide Kinder eine Akte geführt, diese wurde gescannt und die Scandokumente jeweils bei jedem Kind in der Akte im DMS abgelegt. Auch bei späteren Ablagen der Nachweise für die Mittagsverpflegung der Kinder wurden die jeweiligen Dokumente gemeinsam in eine Datei gescannt und bei beiden Akten abgelegt.

In der Stellungnahme der Verwaltung wurde dazu dargelegt, dass die Akten 5253/5241 vor der Einführung des DMS in einer Papierakte geführt wurden. Mit Einführung des DMS wurde diese Akte aus Zeitgründen bei jedem Kind komplett hinterlegt. Die Unterlagen für die Mittagsverpflegung gingen mitunter zusammen in einer PDF Datei per Email ein und könnten vom Sachbearbeiter nicht getrennt werden, deshalb wären sie in jeder Akte zu finden. Das Fachamt würde sich in Zukunft bemühen, eine Trennung zu vollziehen und die Berechnungsbögen aus der Fachanwendung in die DMS-Akte zu übertragen.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Trennung von pdf-Dokumenten mit dem Programm „d.capture dialog", welches den Mitarbeitern des Landratsamtes zur Verfügung steht, möglich ist.

In Akte 3943 wurde die gesamte Papierakte einer Mutter und ihrer beiden Kinder als ein PDF-Dokument abgelegt. Im DMS wurde jedoch ab dem 15.12.2022 für beide Kinder eine neue Akte mit der Nummer 3979 erstellt. Die Dokumente der Kinder des vorhergehenden Zeitraums wurden dieser nicht zugeordnet. Die Prüfung war somit erschwert.

Es wird empfohlen, zukünftig Papierakten möglichst so einzuscannen, dass die PDF-Dokumente nach Personen getrennt werden. Somit wäre eine Zuordnung zu den jeweiligen DMS-Akten bei einer späteren Trennung der Bedarfsgemeinschaften möglich. Sollte eine Trennung der Papierdokumente zu aufwendig sein, dann wäre zumindest sicherzustellen, dass die gescannte Datei in allen DMS-Akten abgelegt wird, welche die Dokumente betreffen.

Weiterhin wäre darauf zu achten, dass Nachweise, die für Personen mit verschiedenen Akten gemeinsam eingereicht werden, getrennt abgelegt werden. Das heißt, es müssten jeweils separate Dokumente erstellt werden. Dies kann entweder bereits beim Einscannen oder danach durch den Sachbearbeiter erfolgen. Welches die wirtschaftlichste und effektivste Variante ist, wäre zu prüfen.

Laut Stellungnahme wurden die Akten getrennt, da die Kinder selbst hilfebedürftig wurden.

Aus der Akte im DMS ergab sich nicht immer, welche Beträge an den Antragsteller tatsächlich ausgezahlt wurden. Nicht in allen Fällen wurden in den Akten Berechnungsbögen abgelegt, aus denen die in dem Monat ausgezahlten Beträge nachvollziehbar waren. Es wird empfohlen, diese Berechnungsbögen regelmäßig den Akten beizufügen. Um den sich daraus ergebenden Arbeitsaufwand zu minimieren, wäre

zu prüfen, ob die Möglichkeit der direkten Übernahme aus dem Fachprogramm in das DMS besteht.

8.2.3 Feststellungen im Rahmen der Kostenerstattungen für persönlichen Schulbedarf gemäß § 34 Abs. 3 und 3a SGB XII i. V. m. § 3 Regelbedarfsstufen-Fortschreibungsverordnung 2024

Von den geprüften 13 Akten wurden in 6 Fällen Leistungen für die Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf beantragt.

Im Gegensatz zur Feststellung bei der Erstattung von Leistungen der Bildung und Teilhabe an Kinderzuschlags- bzw. Wohngeldempfänger wurden bei den Sozialhilfeempfängern nach entsprechenden Anträgen Bescheide erstellt.

Es wurde Folgendes festgestellt:

- Laut dem Bescheid vom 28.08.2023 in der Akte 3980 wurden für das zweite Schulhalbjahr 2023/2024 Leistungen in Höhe 58,00 € für den persönlichen Schulbedarf gewährt. Diese wurden laut dem Berechnungsbogen im Februar 2024 ausgezahlt.
  Jedoch ergibt sich aus § 34 Abs. 3a SGB XII i. V. m. § 3 der Regelbedarfsstufen-Fortschreibungsverordnung 2024, dass für das zweite Schulhalbjahr 2023/2024 65,00 € zu gewähren sind. Diese Verordnung wurde am 27.10.2023 veröffentlicht. Die Sachbearbeiterin konnte zum Zeitpunkt der Erstellung die Höhe noch nicht wissen. Es wurde auch im Februar 2024 kein Änderungsbescheid erlassen und der falsche Betrag ausgezahlt.

  Laut Stellungnahme des Fachamtes wird die entsprechende Zahlung umgehend berichtigt.

9 Schlussbemerkung

Der Kreistag beschließt gemäß § 80 Abs. 3 ThürKO über die Feststellung der geprüften Jahresrechnungen der Jahre 2022 und 2023 in öffentlicher Sitzung und entscheidet über die Entlastungen des Landrats und der Beigeordneten für die Haushaltsjahre 2022 und 2023.[29]

Auf die Pflicht zur öffentlichen Auslegung der festgestellten Jahresrechnungen sowie des Schlussberichts wird hiermit hingewiesen.[30]

Hildburghausen, den 28.10.2024

E. Hoffmann
Rechnungsprüferin

S. Schmidt
Rechnungsprüferin

[29] § 80 ThürKO Rechnungslegung, Feststellung der Jahresrechnung, Entlastung: (3) Der Gemeinderat beschließt über die Feststellung der geprüften Jahresrechnung und der Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe bis spätestens zum 31. Dezember des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres. Er entscheidet in einem gesonderten Beschluss auf der Grundlage des Schlussberichts über die Entlastung des Bürgermeisters und der Beigeordneten, soweit diese einen eigenen Geschäftsbereich leiten oder den Bürgermeister zu vertreten haben. Verweigert der Gemeinderat die Entlastung oder spricht er sie mit Einschränkungen aus, so hat er die dafür maßgebenden Gründe anzugeben.

[30] § 80 ThürKO Rechnungslegung, Feststellung der Jahresrechnung, Entlastung: (4) Die festgestellte Jahresrechnung mit ihren Anlagen sowie der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamts ist mit den Beschlüssen über die Feststellung der Jahresrechnung und über die Entlastung unverzüglich der Rechtsaufsichtsbehörde zur Kenntnisnahme vorzulegen, zwei Wochen lang bei der Gemeindeverwaltung während der allgemeinen Öffnungszeiten öffentlich auszulegen und bis zur Feststellung der folgenden Jahresrechnung zur Einsichtnahme zur Verfügung zu halten. Auf Ort und Zeit der öffentlichen Auslegung und die Möglichkeit zur Einsichtnahme ist durch öffentliche Bekanntmachung hinzuweisen.

10 Anhang: Ausgewählte Grunddaten

In der Anlage sind ausgewählte Grunddaten zu den folgenden Themen festgehalten:

- Rechnungsergebnisse 2022 und 2023
- Kassenmäßige Abschlüsse 2022 und 2023
- Bankbestände zum 31.12.
- Rücklagebestände
- Schuldenstände

10.1 Rechnungsergebnisse

2022	Verwaltungs-haushalt	Vermögens-haushalt	Gesamt-haushalt
Soll-Einnahmen	96.973.035,69 €	9.729.132,70 €	106.702.168,39 €
zuzügl. neuer HER	----------	7.998.424,98 €	7.998.424,98 €
./. Abgang alter HER	----------	239.967,39 €	239.967,39 €
./. Abgang alter KER	-2.860.894,30 €	0,00 €	-2.860.894,30 €
Summe bereinigte Soll-Einnahmen	**99.833.929,99 €**	**17.487.590,29 €**	**117.321.520,28 €**
Soll-Ausgaben	97.900.100,79 €	4.790.494,61 €	102.690.595,40 €
zuzügl neuer HAR	1.964.470,00 €	13.078.614,52 €	15.043.084,52 €
./. Abgang alter HAR	31.812,99 €	381.518,84 €	413.331,83 €
./. Abgang alter KAR	-1.172,19 €	0,00 €	-1.172,19 €
Summe bereinigte Soll-Ausgaben	**99.833.929,99 €**	**17.487.590,29 €**	**117.321.520,28 €**
etwaiger Unterschied zwisch. bereinigten Soll-Einnahmen u. -Ausgaben:	**0,00 €**	**0,00 €**	**0,00 €**

2023	Verwaltungs-haushalt	Vermögens-haushalt	Gesamt-haushalt
Soll-Einnahmen	108.850.443,27 €	12.386.011,51 €	121.236.454,78 €
zuzügl. neuer HER	----------	1.797.994,64 €	1.797.994,64 €
./. Abgang alter HER	----------	4.168.812,11 €	4.168.812,11 €
./. Abgang alter KER	-2.600.831,79 €	0,00 €	-2.600.831,79 €
Summe bereinigte Soll-Einnahmen	**111.451.275,06 €**	**10.015.194,04 €**	**121.466.469,10 €**
Soll-Ausgaben	110.134.507,35 €	10.763.415,86 €	120.897.923,21 €
zuzügl neuer HAR	1.392.276,64 €	2.816.106,36 €	4.208.383,00 €
./. Abgang alter HAR	85.128,47 €	3.564.328,18 €	3.649.456,65 €
./. Abgang alter KAR	-9.619,54 €	0,00 €	-9.619,54 €
Summe bereinigte Soll-Ausgaben	**111.451.275,06 €**	**10.015.194,04 €**	**121.466.469,10 €**
etwaiger Unterschied zwisch. bereinigten Soll-Einnahmen u. -Ausgaben:	**0,00 €**	**0,00 €**	**0,00 €**

10.2 Kassenmäßige Abschlüsse

2022	Ges.rechng.-Soll	Ist	Kassenreste	
Verwaltungshaushalt				
-Einnahme	101.569.190,21 €	98.822.094,92 €	2.747.095,29 €	
-Ausgabe	99.604.768,50 €	99.643.264,11 €	-38.495,61 €	
Ist-Überschuss/ -Fehlbetrag				-821.169,19 €
Vermögenshaushalt				
-Einnahmen	24.436.245,92 €	24.432.414,63 €	3.831,29 €	
-Ausgaben	17.783.555,21 €	17.783.555,21 €	0,00 €	
Ist-Überschuss/ -Fehlbetrag				6.648.859,42 €
Verwahrgeld				
-Einnahmen	83.979.199,77 €	83.188.403,98 €	790.795,79 €	
-Ausgaben	82.469.361,79 €	82.485.870,13 €	-16.508,34 €	
Verwahrgeldbestand				702.533,85 €
Vorschüsse				
-Einnahmen	52.290,46 €	52.290,46 €	0,00 €	
-Ausgaben	56.790,46 €	56.790,46 €	0,00 €	
Bestand d. ausgez. Vorsch.				-4.500,00 €
Gesamthaushalt				
-Einnahmen	210.016.121,04 €	206.495.203,99 €	3.541.722,37 €	
-Ausgaben	199.922.355,23 €	199.969.479,91 €	-55.003,95 €	
Buchmäßiger Kassenbestand				**6.525.724,08 €**

2023	Ges.rechng.-Soll	Ist	Kassenreste	
Verwaltungshaushalt				
-Einnahme	114.198.370,35 €	99.666.640,23 €	14.531.730,12 €	
-Ausgabe	112.806.093,71 €	112.913.628,59 €	-107.534,88 €	
Ist-Überschuss/ -Fehlbetrag				-13.246.988,36 €
Vermögenshaushalt				
-Einnahmen	22.868.315,09 €	22.635.167,93 €	233.147,16 €	
-Ausgaben	20.147.922,89 €	20.147.922,89 €	0,00 €	
Ist-Überschuss/ -Fehlbetrag				2.487.245,04 €
Verwahrgeld				
-Einnahmen	163.234.138,48 €	161.691.922,63 €	1.542.215,85 €	
-Ausgaben	161.308.786,79 €	161.328.369,37 €	-19.582,58 €	
Verwahrgeldbestand				363.553,26 €
Vorschüsse				
-Einnahmen	59.524,04 €	59.061,23 €	462,81 €	
-Ausgaben	64.024,04 €	63.561,23 €	462,81 €	
Bestand d. ausgez. Vorsch.				-4.500,00 €
Gesamthaushalt				
-Einnahmen	299.587.659,77 €	284.052.792,02 €	16.307.555,94 €	
-Ausgaben	294.337.318,13 €	294.453.482,08 €	-126.654,65 €	
Buchmäßiger Kassenbestand				**-10.400.690,06 €**

10.3 Bankbestände

Bank und Kontonummer	Zahlweg	Bankbestand 31.12.2022 in €	letzter Auszug vom
Kreissparkasse Hildburghausen			
IBAN: DE98840540401110100325	Haupt-Kto. 001	2.908.872,86	30.12.2022
IBAN: DE98840540401110103138	Schul.-Kto. 004	35.995,13	30.12.2022
IBAN: DE26840540401603100047	TG-Kto. 005	3.000.000,00	30.12.2022
IBAN: DE67840540401113104100	Arge 008	97.806,38	30.12.2022
IBAN: DE86840540401110100929	Abfallw. 009	11.371,48	30.12.2022
IBAN: DE67840540401180014894	Darl. Regiomed 010	0,00	30.12.2022
IBAN: DE98840540401603100012	Spend. Südt. 011	80.814,53	30.12.2022
Kassenautomat	003	41.122,29	31.12.2022
Bargeldkasse	006	3.000,00	
Gesamt:		**6.178.982,67**	

Gegenüberstellung Buchbestand:	**6.525.724,08**
Differenz:	**346.741,41**
Buchführung 2023	1.022.872,47
Vorträge (zweckgebundene Einnahmen)	-493.138,55
gebucht vor Jahresabschluss Kasse 2022	64.933,81
Zuführung Gr. 910 nach 31.12.	0,00
Zuführung Gr. 911 und 915 nach 31.12.	-1.387.294,02
Entnahme Gr. 310 nach 31.12.	1.096.245,88
Entnahme Gr. 311 und 315 nach 31.12.	43.121,82
	346.741,41
Differenz	**0,00**

Bank und Kontonummer	Zahlweg		Bankbestand 31.12.2023 in €	letzter Auszug vom
Kreissparkasse Hildburghausen				
IBAN: DE98840540401110100325	Haupt-Kto.	001	155.490,60	29.12.2023
IBAN: DE98840540401110103138	Schul.-Kto.	004	26.153,48	29.12.2023
IBAN: DE26840540401603100047	TG-Kto.	005	305.186,32	29.12.2023
IBAN: DE67840540401113104100	Arge	008	-286.513,45	29.12.2023
IBAN: DE86840540401110100929	Abfallw.	009	22.274,78	29.12.2023
IBAN: DE67840540401180014894	Darl. Regiomed	010	-10.000.000,00	29.12.2023
IBAN: DE98840540401603100012	Spend. Südt.	011	19.938,02	29.12.2023
Kassenautomat		003	28.454,87	29.12.2023
Bargeldkasse		006	3.000,00	
Gesamt:			**-9.726.015,38**	

Gegenüberstellung Buchbestand:	**-10.400.690,06**
Differenz:	**-674.674,68**
Buchführung 2024	1.132.625,70
Vorträge (zweckgebundene Einnahmen)	-1.729.043,52
gebucht vor Jahresabschluss Kasse 2023	0,00
Zuführung Gr. 910 nach 31.12.	0,00
Zuführung Gr. 911 nach 31.12.	-456.883,90
Zuführung Gr. 915 nach 31.12.	-2.741.363,53
Entnahme Gr. 310 nach 31.12.	3.131.263,91
Entnahme Gr. 311 nach 31.12.	0,00
Entnahme Gr. 315 nach 31.12.	-11.273,34
	-674.674,68
Differenz	**0,00**

10.4 Rücklagenbestände

Rücklagenentwicklung	lt. Übersicht Hhplan	lt. Übersicht Jahres-rechnung	Buchungen lt. Jahresrechnung		
			Rücklage gesamt	davon Allgemeine Rücklage	Sonder-rücklage
	-T € -	-T € -	- € -	- € -	- € -
2022					
Stand zum 01.01.	5.182	8.712	8.711.875,23	6.427.344,81	2.284.530,42
Entnahme aus der Rücklage		1.859	1.858.635,00	1.099.415,88	759.219,12
Zuführung an Rücklage		1.387	1.387.294,02	0,00	1.387.294,02
Stand zum 31.12.		**8.240**	**8.240.534,25**	**5.327.928,93**	**2.912.605,32**
2023					
Stand zum 01.01.	6.290	8.240	8.240.534,25	5.327.928,93	2.912.605,32
Entnahme aus der Rücklage		3.131	3.131.263,91	3.131.263,91	0,00
Zuführung an Rücklage		3.210	3.209.977,06	0,00	3.209.977,06
Stand zum 31.12.		**8.319**	**8.319.247,40**	**2.196.665,02**	**6.122.582,38**

10.5 Schuldenstände

Schuldenentwicklung	Schuldenübersicht		Erläuterungs-bericht	Haushalts-rechnung
	Haushaltssatzung bzw. Nachtrag	Jahresrechnung		
2022				
Stand 01.01.	3.625 T€	2.118 T€	2.118.483,13 €	
Aufnahmen		1.507 T€	1.507.000,00 €	
Aufn. Umschuldung				
sonst. Zugänge				
Tilgung	360 T€	360 T€	360.181,91 €	360.181,91 €
außerordentl. Tilg.				
Stand 31.12.	3.265 T€	3.265 T€	3.265.301,22 €	
2023				
Stand 01.01.	3.265 T€	3.265 T€	2.118.483,13 €	
Aufnahmen	3.601 T€			
sonst. Zugänge				
Tilgung	709 T€	582 T€	582.431,36 €	582.431,36 €
außerordentl. Tilg.				
Stand 31.12.	5.157 T€	2.683 T€	3.265.301,22 €*	

* Bestand des Vorjahres ausgewiesen